

**Feministische Perspektiven
zum Themenbereich
Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität**

Hintergrundpapier

**Von
Adelheid Biesecker, Christa Wichterich, Uta v. Winterfeld**

Bremen, Bonn und Wuppertal, März 2012

Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Vom Geld.....	5
2.1. Eigenschaften und Qualitäten von Geld.....	6
2.2. Vom entfesselten Geld als Kapital – oder: Von Wachstums- und Schuldenzwängen	7
2.3. Finanzielle Inklusion: Schuldenfalle für die Armen.....	10
2.4. Perspektivenwechsel	12
3. Von der Arbeit.....	13
3.1. Die Abspaltung der Sorgeökonomie von der Marktökonomie.....	14
3.2. Kein Ende der Arbeitsgesellschaft.....	16
3.3. Verschiebung von Arbeit, aber keine Lösung der Reproduktionskrise.....	17
3.4. Perspektivenwechsel.....	18
4. Vom Wohlstand	19
4.1. Wohlstand, wie der Markt ihn schafft: Warenwohlstand.....	19
4.2. Produktions- und Konsummuster.....	22
4.3. Perspektivenwechsel: Neue Wohlstandsmodelle, Livelihood und Gutes Leben.....	23
5. Zur Neukonfiguration des Öffentlichen und Privaten im globalen politischen Raum...27	
5.1. Die Vernachlässigung öffentlicher Güter und die doppelte Privatisierung.....	28
5.2. Zuspitzungen: Globale Privatisierung von Gemeingütern	30
5.3. Perspektivenwechsel.....	33
6. Suchprozesse und Punkte zum Anfassen.....	34
1. Zum Geld.....	36
2. Zur Arbeit.....	36
3. Zum Wohlstand.....	37
4. Zum Verhältnis von Öffentlich und Privat.....	37
Fazit.....	39
Literatur.....	40

1. Einleitung

Francis Bacon formulierte in der Morgendämmerung der Moderne ein bis heute paradigmatisches Wohlstands- und Fortschrittsversprechen: ‚Wohlstand durch Naturbeherrschung‘, so die Formel seiner programmatischen Schrift „Neues Organon“. Es kam dem amtierenden Lordkanzler von 1620 darauf an, dass die mechanischen Künste (heute Technik) im Wettlauf mit der Natur gewinnen. Eine Revolution des Wissens und der Technik sollte dazu führen, dass die durch den göttlichen Fluch widerspenstig gemachte Natur nun den menschlichen Anliegen und Vorteilen gehorsam gemacht werde. Gehorcht die Natur nicht freiwillig, so kann sie wie seinerzeit die Hexen auf die Folter gespannt – und die Geheimnisse können ihrem Schoß mit Gewalt entrissen werden (Merchant 1980). Aus der Verbindung des als männlich gedachten Geistes mit der als weiblich gedachten Natur sollten Helden und Supermänner hervorgehen. Doch eigentlich sollte die neue Zeit männlich hervorgebracht werden. In einem von Benjamin Farrington 1964 übersetzten Textfragment mit dem Titel „The Masculine Birth of Time“ spricht der göttlich inspirierte männliche Wissenschaftler (Francis Bacon) zu seinem imaginären Sohn und Schüler:

„I am come in very truth leading to you Nature with all her children to bind her to your service and make her your slave.“ (Farrington 1966: 62)

Somit basieren die von Francis Bacon proklamierten Wohlstands- und Fortschrittsvorstellungen auf Indienstnahme und Versklavung des weiblichen Natürlichen durch das männliche Geistige. (vgl. auch Meier-Seethaler 2011: 343 ff.)

„Wohlstand“ ist auch das zentrale Thema der ökonomischen Theorie seit Adam Smith. „An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations“ – so lautet der Titel eines seiner beiden Hauptwerke. Im Deutschen wird dieses Werk unter dem Titel „Der Wohlstand der Nationen“ zitiert (vgl. Smith 1776/ 1978). Als Quelle dieses Wohlstandes sieht Smith „die jährliche Arbeit eines Volkes“ an (ebenda: 3), womit er, in heutigen Begriffen, ausschließlich die Erwerbsarbeit meint, die für die Herstellung von Waren (Dienstleistungen eingeschlossen) für den Markt geleistet wird. Abgespalten und aus dem Ökonomischen ausgegrenzt sind so von Anbeginn des Nachdenkens über „Wohlstand“ an die sorgenden, sozial vor allem Frauen zugewiesenen Arbeiten. „Wohlstand“ wird verstanden als Warenwohlstand. Er kann gesteigert werden durch Steigerung des Warenvolumens – durch Wachstum. Das geschieht bei Smith vor allem durch die Steigerung der Produktivkräfte der Arbeit, insbesondere durch Arbeitsteilung und Ausdehnung der Märkte. Der Markt wird so zu einem zentralen Mechanismus in der Bestimmung des „Wohlstands“. Ökonomie ist Marktökonomie. Alle leben vom Tausch, mit Geld als dem „unentbehrlichen Hilfsmittel im Handel“ (ebenda: 27). Und alle haben beim Tausch ihren eigenen Vorteil im Blick. Später wird daraus die individuelle Nutzenmaximierung. Diese gilt als rational. Bis heute verbirgt sich in dem formal bestimm-

ten Rationalitätskonzept der Mainstream-Ökonomie die alte Nützlichkeitsphilosophie (vgl. Biesecker/Kesting 2003: 99 ff.).

Abgespalten aus dem Ökonomischen ist auch die Natur. Nur dort, wo sie zu Privateigentum und damit warenförmig geworden ist, geht sie in die Rechnungen der Wirtschaftsakteure ein. Allerdings wird ihre ganze Produktivität für die Warenproduktion gebraucht – die Luft, das Wasser, die Biodiversität u.v.m. Wie die sorgenden Arbeiten – heute sprechen wir von Care-Arbeit und Care-Ökonomie – ist auch die Natur bei Smith als immer zur Verfügung stehend angenommen – als unhinterfragte Existenzbedingung der (auch schon bei Smith kapitalistischen) Warenproduktion. Diese lebendigen Grundlagen tragen einen großen Teil der Kosten dieser Art ökonomischen Handelns – Kosten, die nicht in die privaten Wirtschaftsrechnungen eingehen: Verlust der Biodiversität z. B. oder Armut, vor allem Frauen- und Kinderarmut.

Um der Qualität dieser Trennungsstruktur eine passende Bezeichnung zu geben, sprechen wir von „Externalisierung als Prinzip“ (vgl. v. Winterfeld et al. 2007: 16 ff.). Wir meinen damit nicht nur die Externalisierung von Kosten, sondern die soziale und ökologische Tätigkeiten und Produktivitäten systematisch ausgrenzende Struktur des Ökonomischen.

Diese Grundstruktur des ökonomischen Denkens hat sich bis heute im Mainstream erhalten. Vieles wurde verfeinert, mathematisiert, hinzugefügt – aber die Trennungsstruktur wurde nicht aufgelöst. Im Gegenteil: Der feministische Diskurs hat deutlich gemacht, dass diese Trennungsstruktur eine geschlechtlich geprägte Hierarchie aufweist – was am Markt geschieht, ist produktiv, wertvoll bzw. Wert schaffend und öffentlich, was jenseits davon geschieht, ist unproduktiv oder bestenfalls reproduktiv, nicht Wert schaffend, privat.

Und diese Trennungsstruktur prägt auch den zentralen Wohlstandsindikator, wie er bis heute auch in Deutschland erhoben wird: Das Sozialprodukt. Ob in der Entstehungs-, Verwendungs- oder Verteilungsrechnung – berücksichtigt werden nur durch inflationsbereinigte, in Geld ausgedrückte Preise bewertete Warenmengen oder Markteinkommen. Anderes zählt nicht. Die Leistungen der unbezahlten Care-Arbeit kommen nicht vor, ebenso wenig wie die der Natur¹. Und auch die Kosten, die diese Bereiche zu tragen haben, werden nicht berechnet.

Die Kritik an diesem Indikator wurde detailliert zusammengefasst von der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission in Frankreich (vgl. Stiglitz et al. 2009). Sie bildet auch die Grundlage für die Arbeit der Projektgruppe 2 der Enquete-Kommission mit dem Titel „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands-Fortschrittsindikators“. Dennoch gilt das Sozialprodukt weiterhin als Wohlstandsmaß, und sein Wachstum als Wohlstandssteigerung. Als Maß für Lebensqualität oder „gutes Leben“ taugt es aber nichts – wie auch nicht als Maß für die ökologische Qualität des Wirtschaft-

¹Bezüglich der Natur gibt es in Deutschland eine neben die Sozialproduktsrechnung gestellte umweltökonomische Gesamtrechnung. Vgl. z. B. Statistisches Bundesamt 2005

tens. Und auch als Maß für ökonomisches Wachstum ist es falsch. Alternative Wohlstandskonzepte, die auch die Leistungen der Care-Arbeit und der Natur sowie die diesen Bereichen aufgebürdeten Kosten erfassen, machen deutlich: Wenn auch das in Geld ausgedrückte Sozialprodukt noch steigt, so wächst die Wirtschaft doch schon lange nicht mehr! Diese Erkenntnis ist nicht neu – insbesondere nicht in der feministischen Debatte. „If Women counted“ – unter diesem Titel fasst Marilyn Waring schon 1988 eine Debatte zusammen und entwickelt sie weiter, die Frauen schon länger global geführt haben und in der die Care-Arbeit und die Natur mit ihren Leistungen erfasst werden. „What men value has brought us to the brink of death: What women find worthy may bring us back to life“ (Waring 1988: 315) – so endet die Untersuchung von Waring und beschreibt gleichzeitig, worum es geht: um die Neu-Bewertung aus der Perspektive von Lebensprozessen.

Grundlage solcher Neu-Bewertungen sind ein Verständnis und eine Kritik der durchgehenden Trennungsstruktur der bestehenden kapitalistischen Ökonomie. Nur so kann „das Ganze der Ökonomie“ in den Blick kommen und als Ungetrenntes und Verwobenes verstanden, nur so können alle den Wohlstand fördernden Kräfte erfasst werden. Aus dieser feministisch ganzheitlichen und hierarchiekritischen Perspektive erfolgen die folgenden Überlegungen, d.h. sie richten den kritischen Blick auf Trennungsstrukturen und Externalisierungen und dekonstruieren Herrschaftsstrukturen.

So fragen wir: Welche Rolle spielt das *Geld* in dieser Ökonomie – und welche könnte es in einer anderen, einer ver- und vorsorgenden Wirtschaftsweise spielen? Was geschieht mit der *Arbeit* in dieser Trennungsstruktur, und wie könnte „das Ganze der Arbeit“ in einem zukunftsfähigen Bewertungskonzept erfasst werden? Was alles geht verloren im gültigen *Wohlstandskonzept*, und wie könnte ein Konzept vom Guten Leben diese Abspaltungen vermeiden? Dazu gehört auch eine Auseinandersetzung mit der strukturellen Teilung der Gesellschaft in eine Sphäre des *Öffentlichen* und eine des *Privaten*: Was befördert die Exklusion, und wie kann eine Gesellschaftsstruktur der Inklusion gedacht werden? Da der individualistischen Maximierungsrationalität aus der Perspektive des sozial und ökologisch (Re-)Produktiven eine zerstörerische ökonomische Unvernunft innewohnt, gilt es abschließend neue Handlungsrationalitäten, Bewertungen und Ansatzpunkte für sozial-ökologische Transformationen zu identifizieren, um neue Horizonte zu eröffnen, die Wohlstand und gutes Leben mit Demokratie und Gerechtigkeit verknüpfen.

2. Vom Geld

Die Redewendung „Geld regiert die Welt“ weist darauf hin, dass Menschen kein souveränes Verhältnis zum Geld haben. Denn sonst wären sie es, die regieren würden. Um was handelt es sich beim „Geld“, wie kommen Menschen dazu, sich etwas von ihnen selbst Erfundenem zu unterwerfen? Wie könnte die Funktion des Gel-

des aus einer feministischen, aus einer ver- und vorsorgenden Perspektive heraus neu gedacht werden?

2.1. Eigenschaften und Qualitäten von Geld

Geld sei eigentlich und an sich nichts. Vielmehr handele es sich um ein gesellschaftliches Übereinkommen, um eine Verabredung, einen Vertrag. Diese Auffassung umfasst geldtheoretisch zugleich jenen Theoriestrang, der Geld wesentlich durch Übereinkunft bzw. Vertrag oder staatlichen Akt begründet sieht (sogenannte Konventions- bzw. nominalistische Theorien, Müller 1981: 71).

Ein zweiter Theoriestrang versucht, Geld aus seiner Leistung heraus zu erklären. In den „Funktionstheorien“ (ebenda) wird v.a. von der Funktion des Geldes als Tauschmittel ausgegangen. D.h., Geld ist eine menschliche Erfindung zur Ermöglichung des Austausches zwischen anonymen Menschen. Zunächst entsteht es als dieses Tausch- oder Zahlungsmittel. Das ist nützlich. Denn so werden die Schranken des direkten Gütertausches überwunden und der Handel kann sich entwickeln. Ein dritter Theoriestrang fasst Geld wesentlich als Geldware (v.a. Gold, weshalb dieser Strang auch ‚Metallismus‘ genannt wird) auf. Bei diesen sogenannten Warengeldtheorien steht die Funktion des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel und als Wertmesser im Vordergrund (ebenda).

Sei es als Übereinkunft, Tauschmittel oder Wertaufbewahrungsmittel – seit das Geld auf der Welt ist, wird es als zerstörerisch kritisiert. So ruft Kreon in der „Antigone“ aus:

„Kein ärgrer Brauch erwuchs den Menschen als
Das Geld! Es äschert ganze Städte ein,
Es treibt die Männer weg von Haus und Hof,
Ja, es verführt auch unverdorbene Herzen,
Sich schändlichen Geschäften hinzugeben,
Es weist den Sterblichen zur Schurkerei
Den Weg, zu jeder gottvergeßnen Tat!“
(Sophokles 1980/ nach 446 v. Chr.: 16)

In der ökologisch-ökonomischen Debatte hat Hans Christoph Binswanger am Beispiel des Fischers die negativen Eigenschaften des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel deutlich gemacht: Der Vater des Fischers fischte täglich so viel, wie er und seine Familie zum Leben brauchte. Der Sohn aber fischt mehr, als er und seine Familie zum Leben brauchen, weil er den Überschuss gegen Geld verkaufen kann, das sich horten lässt. Geld „verdirbt nicht. Es lässt sich ständig vermehren. Man hat von ihm nie genug. Es ist geeignet, gegen x-beliebige Konsumgüter einzutauschen, auch gegen solche, die man noch gar nicht kennt, aber schon irgendwie erträumt. Aber man kann Geld nicht nur gegen Konsumgüter eintauschen, sondern auch gegen Investitionsgüter, z. B. gegen ein größeres Boot, mit dem es möglich ist, noch mehr zu fischen, noch mehr Geld zu erwirtschaften.“ (Binswanger 1994: 179). Geld

kann also gehortet werden. Es hebt die Schranke des eigenen Bedarfs im Umgang mit der Natur auf und treibt so die Naturausbeutung voran.

In der marxistischen Geldanalyse wird Geld als Wertform analysiert (vgl. Müller 1981). In den daraus folgenden Formbestimmungen wird Geld erstens als Wertmesser (quantitativ, Preisform), zweitens als Zirkulationsmittel (je schneller sich Waren in Geld in Waren in Geld... verwandeln und je größere Räume dabei überwunden werden, desto höher fallen die Gewinne aus) und drittens als „Geld als solches“ (Müller 1981: 62), als verselbständigter Wert, als reale Abstraktion gefasst. In dieser Form kann es zu Kapital werden – und wird es auch. Als Kapital ist es stets mit sich selbst und seiner Vermehrung befasst. Aber schon bevor Geld zu Kapital wird, liegt es in seiner „Natur“, wie das Beispiel vom Fischer zeigt, beständig über seine eigenen Schranken hinauszutreiben (Müller 1981: 80). Es ist diese Tendenz zur schrankenlosen Vermehrung, die sich eine adäquate Form im Kapitalverhältnis schafft (ebenda: 118). Und: „Vom Geld wird man *nie satt*. Alle begehren mehr und immer mehr. Es gibt keine Grenze für die Aufhäufung.“ (Binswanger 1996: 118)

Mit seiner Tendenz zur Grenzenlosigkeit liegt Geld somit dem Streben nach und der Fixierung auf Wachstum zugrunde. Gepaart mit dem Begehren, immer mehr davon zu haben, sprengt das Geld das ursprüngliche Maß des eigenen Bedarfs und treibt an zur Maßlosigkeit. Eine Maßlosigkeit, die zugleich die Ausbeutung von Natur und von anderen Menschen vorantreibt.

2.2. Vom entfesselten Geld als Kapital – oder: Von Wachstums- und Schuldenzwängen

Die politische Ideengeschichte verweist auf einen weiteren Antrieb zur Maßlosigkeit. Michael Müller verortet ihn in seinen Überlegungen zur Ideengeschichte des Fortschritts und führt die utopische Schrift „Neu Atlantis“ von Francis Bacon an (Müller 2011: 7). Bacon gilt in der Rezeption als „Philosoph des Machtgedankens“, der sich die Frage des Missbrauchs niemals stellt. Zu seiner instrumentell konzipierten Vernunft gehört der manipulative Aspekt – eine andere, für menschliche Anliegen und Vorteile besser geeignete Natur hervorzubringen (siehe auch Winterfeld 2006). Daher „herrscht“ in seinem Neu Atlantis eine wissenschaftliche Elite.

Wolfgang Krohn hebt hervor, dass die politische Utopie von Francis Bacon nicht radikal ausfalle (Krohn 1987: 169, 170). Die soziale Radikalität der Umverteilung von Macht und Gütern ist nicht vorgesehen und auch nicht notwendig. Denn utopische Quelle ist der Fortschritt von Wissenschaft und Technik, der anstelle der Umverteilung der alten Güter die Erzeugung von neuen ermöglicht. Wer jedoch immer mehr und immer neue Güter herstellen kann, muss die vorhandenen nicht teilen.

An dieser Stelle möchten wir kurz anreißen, was wir in den Abschnitten drei (zur Arbeit) und vier (zum Wohlstand) noch ausführen werden. In dem baconschen Fortschrittsideal ist kein Platz für *Suffizienz*, denn nur mittels Wachstum kann

Wohlstand durch Naturbeherrschung erzeugt werden, *ohne* vorhandene Macht- und Besitzverhältnisse zu hinterfragen. Dieses Argument ist für die Postwachstumsdebatte von hoher Bedeutung, denn auch die Systeme der sozialen Sicherung sind wachstumsabhängig. Diese Wachstumsabhängigkeit zu relativieren bedeutet aber gerade nicht, die soziale Sicherung zu relativieren und einzuschränken, sondern bedeutet, sie ganz anders zu denken. Fortschritt wäre mit einer sozial und ökologisch gemäßen und geschlechtergerechten Herstellung und Verteilung von Reichtum verbunden. Damit wäre das Soziale nicht nur „gesichert“, sondern könnte sich neu und anders entfalten – und die bis heute paradigmatische „Logik“ von Francis Bacon wäre an dieser Stelle überwunden.

In seinen ökonomisch-philosophischen Manuskripten stellt Karl Marx die „Logik“ als das „Geld“ des Geistes dar. Beiden gemeinsam ist die Abstraktion. Das logische Denken abstrahiert von der Natur und den wirklichen Menschen – das Geld ist gegenüber dem konkreten Leben, den konkreten Bedürfnissen und den konkreten Gemeinwesen gleichgültig.

Diese beiden Tendenzen der Grenzenlosigkeit und Rücksichtslosigkeit werden dort zum Maßlosen hin entfesselt, wo Geld zu Kapital wird. Hier wird die Maßlosigkeit geradezu zu einem Qualitätsmerkmal: Denn Kapital ist Geld, das ausgegeben wird, um zu mehr Geld zu werden. Es ist gerade dadurch gekennzeichnet, dass es jedes qualitative Maß abgeworfen hat, dass es sich nur noch als Quantität auf sich selbst bezieht, als „Wert heckender Wert“ (Marx 1972).

Das Kapital beutet die „materiale“ Ökonomie zwecks seiner Vermehrung aus (vgl. Marx 1972/1867). Der Mehrwert entsteht relativ und absolut über die Ausbeutung der Arbeitskraft, insbesondere über die Steigerung von deren Produktivkraft in Produktionsprozessen.

Neben die Ausbeutung der Natur als Quelle des Mehrwerdens tritt somit die Ausbeutung der arbeitenden Menschen, genauer: der gegen Lohn arbeitenden Menschen. In seinem berühmten Essay mit dem Titel „Was ist Geld?“ schreibt Leo Tolstoi daher:

„Geld! Was ist Geld? Geld ist ein Äquivalent für Arbeit... und es wird sich herausstellen, daß das Geld durchaus nicht jenes unschuldige Mittel der Wertmessung, der Verkehrserleichterung und der Sparmöglichkeit ist, als welches es die Wissenschaft gegenwärtig darstellt, sondern dass es das erste und vorzüglichste Mittel der Unterjochung des Menschen durch den Menschen ist, mit einem Wort, daß es ist: geronnene Gewalt.“ (Tolstoi 1986/1890: 15, 18)

Die Gewalt, die Geld als Kapital der ihm äußeren Welt antut, speist sich zum einen aus seinem Vermehrungs- bzw. Anhäufungszwang. Bei diesem geldgetriebenen Wachstumszwang werden ökologische, ökonomische und soziale Grenzen des Wachstums ignoriert. Diese Vermehrungslogik wird ideologisch gestützt durch das Knappheitspostulat: durch die Annahme also, dass die Bedürfnisse der Menschen unersättlich und demgegenüber die Mittel der Bedürfnisbefriedigung ständig knapp

seien (vgl. Scherhorn 1994). Für die unendlichen Bedürfnisse der Vielen kann niemals genug vorhanden sein. Individuelle Nutzenmaximierung unter der Bedingung von Knappheit zwingt so zum Wettbewerb, zur Konkurrenz als Funktionsprinzip des Marktes. Eine solche Konstruktion ist womöglich nicht zwangsläufig. Sie entspricht allerdings dem Kapital: Geld, das Lust hat, mehr zu werden – und sich selbst nicht genügen kann.

Zum anderen speist sich die Gewalt des Geldes auch aus dem Zwang zum Borgen. Schon im Handelskapitalismus gibt es keinen Großkaufherrn, der nicht „auf die Börse seines Nächsten“ zurückgreifen muss“ (Turgot, in: Braudel 1986: 419). Die gesamte Kaufmannshierarchie ist auf Pump angewiesen. Sei es ein interner Kredit als Zahlungsaufschub ohne Zinsen – seien es Bargeldanleihen gegen Zinsen. Auf externe Kredite kann aber nur zurückgreifen, wer Gewinne macht, welche die eines gewöhnlichen Kaufmanns um ein Vielfaches übersteigen. D.h., nur wer Geld hat (bzw. in Geld verwandelbare Vermögenswerte), kann es vermehren, denn nur dem Reichen wird gegeben.

Der Zwang zu Pump und Kredit ist somit schon dem Handelskapitalismus der frühen Stunde eigen. Aktuell liegt eine Ursache für den Schuldenzwang darin, dass die Produktion von Gütern und Dienstleistungen lange schon die eigentliche Nachfrage übertreffen würde, wenn es nicht auf allen Ebenen billige Kredite gäbe. Zugleich setzte die dritte industrielle Revolution, die Mikroelektronik, einen Rationalisierungsprozess neuer Qualität in Gang, der Arbeitskräfte schneller überflüssig machte, als die Märkte sich ausdehnen konnten. Diese doppelte Schwäche der Nachfrageseite wird von einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik über Kredite zu lösen versucht. Kapitalisiertes Geld und Schuldenzwang sind verbunden: „Man muß Schulden machen, um Schulden zu bezahlen.“ (Binswanger 1994: 183). Binswanger sieht hier die Ursache für den systemischen Wachstumszwang, der, verbunden mit einem Wachstumsdrang aufgrund des Gewinnmaximierungstrebens der Aktionäre, zu einer Wachstumsspirale führt, die die natürlichen Existenzgrundlagen bedroht (Binswanger 2011).

Die monetären Marktprozesse verselbständigen sich mit der Erfindung immer neuer Finanzmarktprodukte und Finanzdienstleistungen sowie mit dem Bedeutungsgewinn von institutionellen Investoren und Investmentbanken zunehmend gegenüber der realen Produktion. Maximierungsstrategien richten sich nun vor allem auf den Shareholder-value. In der Spekulation manifestiert sich die Wachstumsrationalität und die Maßlosigkeit des Finanzmarktes, Rendite in kürzester Zeit zu maximieren, ohne an Produktion und Gebrauchswert gebunden zu sein. Bei der Expansion des Finanzmarkts wurde immer mehr monetarisiert (in-Geldwert-gesetzt) und finanzialisiert (den Finanzmärkten unterworfen), was früher außermärklich war, nämlich natürliche Ressourcen und Umweltdienstleistungen, soziale Versorgung und Vorsorge. Politisch machten Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte diesen Trend der Finanzialisierung der Ökonomie möglich. Mit Konsum- und Hypothekenkredit, privater Gesundheits- und Rentenversicherung greift die-

se Finanzialisierung auch in den Alltag, die Lebensweise und soziale Reproduktion ein.

Bei der Abspaltung des Finanzmarkts und der neuen virtuellen Ökonomie von der Realökonomie wird erneut ein hierarchisches Verhältnis geschaffen.

„Die „Entkoppelung“ der monetären von der realen Akkumulation hat daher nicht nur den quantitativen Ausdruck überschießender Finanzkontrakte über realwirtschaftliche Umsätze; sondern die qualitative Wirkung einer Unterwerfung der realen ökonomischen und sozialen Verhältnisse unter das Finanzsystem.“ (Altvater/Mahnkopf 2002: 187f).

Geld als Ausdruck von Wohlstand und Reichtum wird zunehmend fiktiv: Es existiert auf den Bildschirmen von Börsenmaklern und Anlagehändlern und verbreitet die Illusion von sich ständig selbst vermehrendem Reichtum. Geld „arbeitet“ angeblich, es schafft Rendite und Ansprüche auf Reichtum. Damit aus dem fiktiven Reichtum realer konsumierbarer Wohlstand wird, muss er sich in realem Geld oder realen Waren darstellen. Eine Krise entsteht (zunächst unbemerkt), wenn der fiktive Wert über dem Realwert liegt – eine Fata Morgana von Wohlstand. Diese Illusion von Reichtum platzt, weil die Fiktion und die Realität von Wirtschaft eben doch nicht voneinander entkoppelt sind.

2.3. Finanzielle Inklusion: Schuldenfalle für die Armen

Die Krisenfolgen hatten und haben die Realökonomie und die Menschen in ihrem Lebensalltag zu tragen, mit existentiellen Einschnitten. Die durch die Subprime-Kredite ausgelöste Finanzkrise in den USA wie auch die Krise der Mikrokredite in Ländern des globalen Südens belegen diese zerstörerischen Folgen des Wachstumszwangs im Finanzsektor. Die Schwemme von Subprime-Krediten in den USA, die soziale Sicherheit und Wohlstand durch individuelles Wohneigentum versprochen, weiteten das Kredit- und Schuldenwesen auf einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, sehr häufig Frauen, Schwarze und Latinos, aus (Fishbein/Woodall 2006). Als die Blase der verbrieften Hypothekenkredite platzte, führte dies zur Überschuldung großer Schuldnergruppen z.B. schwarzer Alleinerziehender und zum Verlust ihres Wohneigentums. Die Finanzialisierung sozialer Sicherheit produzierte existentielle Verunsicherung (Young 2009).

Ein weiteres Beispiel dafür, wie Geld als Herrschaftsverhältnis soziale Ziele und Wohlstandsversprechen torpediert, sind die als Mittel der Armutsbekämpfung und des Frauen-Empowerments viel gerühmten Mikrokredite im globalen Süden und die Mikrofinanzfonds im Norden. In Indien wurde die von NGOs oder selbstorganisierte Vergabe von Kleinkrediten an arme Frauen seit der Liberalisierung des Finanzsektors Anfang der 1990er Jahre zunehmend kommerzialisiert und zur gewinnträchtigen Industrie ausgebaut und aufgebläht, ohne Regulierung durch die indische Regierung, die eine finanzielle „Penetration“ ländlicher Regionen und „finanzielle Inklusion“ armer Bevölkerungsgruppen anstrebt.

Der Mikrokredit soll multiples Mittel individueller Nutzenmaximierung sein: für die Frauen soll er Startkapital für kleinunternehmerische Tätigkeit und Geldeinkommen als Marktakteurin, nämlich homo oeconomicus, sein. Die kommerziellen Finanzdienstleister machen Gewinne und expandieren ständig. Die meist männlichen Agenten der konkurrierenden Mikrofinanzinstitute kassieren Erfolgsprämien, wenn sie sich gegenseitig die Kundinnen in den Dörfern abjagen. Die Kleinanleger der Mikrofinanzfonds machen Rendite mit der Armut und dem Fleiß der Frauen. Der Springquell der Gewinne und Rendite in der gigantischen Wachstumsspirale der Mikrofinanzierung ist die erstaunliche Rückzahlungsquote der Frauen von über 95 % - trotz Zinssätzen zwischen 25 und 38 Prozent. Diese erklärt sich damit, dass die Frauen mehrere Kredite von mehreren Anbietern aufnehmen und notfalls wieder zum lokalen Geldverleiher gehen, um alle Rückzahlungen prompt leisten zu können.

Viele Frauen gerieten jedoch in eine Schuldenfalle, sei es dass bei produktiver Investition die Gewinnmargen niedriger sind als die Zinssätze, sei es, dass die Frauen den Kredit konsumtiv nutzen oder alte Schulden damit abtragen (Wichterich 2011). Batliwalla und Danraj (2006) weisen auf das sich wandelnde Bild von der „guten Frau“ in indischen Dörfern hin: aus Sicht der Familien ist die „Gute“ nun die zuverlässige Kreditbeschafferin, die damit eine Versorgerrolle übernimmt. Für die Grameen Bank in Bangladesh ist allerdings empirisch nachgewiesen, dass in der Familie häufig die Männer die Entscheidungsmacht über das Geld behalten und außerdem die Gewalt gegen Frauen zunahm (Goetz/Sengupta 1996). Der Wachstumsspirale der Mikrofinanzierung entspricht somit eine Verschuldungsspirale bei den Frauen.

Der indische Bundesstaat Andhra Pradesh wurde mit statistisch acht Krediten pro armem Haushalt zum weltweiten Musterland der Kredit-„Penetration“. 82 % der bäuerlichen Haushalte, doppelt so viel wie im indischen Durchschnitt, sind jetzt hoch verschuldet. Cash-Flow und Konsum nahmen in den Dörfern bei wachsender Verschuldung zu. Die Armen substituieren mit den Krediten sinkende Einkommen auf dem Land. So fand eine Finanzialisierung des Alltags statt, die mit der ursprünglich intendierten Armutsbeseitigung nichts mehr zu tun hat. Vielmehr sind Wachstum und Gewinn zum Selbstzweck dieses komplexen Systems finanzieller Transaktionen geworden. Wie Geld als soziales Herrschafts- und Gewaltverhältnis Existenzen zerstört, zeigte sich in der Mikrokreditkrise 2010 in Andhra Pradesh am deutlichsten, als die Frauen immer weniger Rückzahlungen leisten konnten und die Zahl der Selbsttötungen von überschuldeten Frauen auf über 50 anstieg.

Und auch vor dem Lebensnotwendigsten, der Nahrung, macht die Geldherrschaft nicht halt, wie die Welternährungskrise zeigt. Es ist nicht die erste Krise und es erfolgen aktuell auch nicht die ersten Spekulationen auf Nahrungsmittel. Neu ist die Auslieferung der Existenzsicherung und der Lebensgrundlagen an die Spekulationslust der von den realwirtschaftlichen Prozessen entfernten Finanzwirtschaft.

Eine vom *World Food Programme* 2009 zusammengestellte „Hunger Map“ zeigt: Fast eine Billion Menschen leiden regelmäßig unter Hunger; die meisten von ihnen sind Frauen und Kinder. Der Billion hungernder Menschen stehen Billionen von Euros gegenüber, die jedoch nicht zur Linderung des Welthungers beitragen, sondern diesen mit erzeugen. Jüngst hat *Friends of the Earth Europe* hierzu die Studie „Farming money“ veröffentlicht. Sie analysiert 29 europäische Finanzinstitute, davon fünf deutsche, die Geschäfte mit Wetten auf Ernten und Ernteverluste machen. Billionen von Euros fluten die Rohstoffmärkte und erzeugen plötzliche Preisspitzen auf den Märkten für Nahrungsrohstoffe – mit lebensbedrohenden Konsequenzen für zahllose Menschen insbesondere in den Ländern des Südens. Gerade globale Wachstumstrends wie die Finanzialisierung von Natur höhlen den ureigensten Zweck allen Wirtschaftens, Bedarf zu befriedigen und Leben zu erhalten, aus – oder verkehren ihn gar in sein Gegenteil.

2.4. Perspektivenwechsel

Ein Perspektivwechsel geht über eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Eigentum, an der Bildung von Eigentum und am Geldbesitz hinaus. Denn das regierende und von niemandem regierte Geld ist mit Externalisierungen verknüpft: Es braucht stets abgewertete oder entwertete Ressourcen (seien es ökologische oder soziale „Ressourcen“), um sich selber aufzuwerten.

Die Geldtheoretikerin Margrit Kennedy machte die Erfahrung, dass sie als Architektin und Ökologin in unserem Geldsystem keine Chance hatte, ökologische Projekte finanziert zu bekommen (Kennedy 2011: 11). Der Perspektivwechsel bei Kennedy beginnt im Kopf und mit der Befreiung aus „unserem Denkgefängnis“: Weil das herrschende Geldsystem als das einzig mögliche erscheint, bedeutet sein Hinterfragen, das eigene Überleben in Frage zu stellen. Jede Veränderung des Systems wirkt lebensbedrohlich (ebenda: 35).

Dem stellt Kennedy andere Denkansätze gegenüber, insbesondere den der zinsfreien Kredite. Ein Modell ist für sie die schwedische Mitgliedsbank (JAK), die genossenschaftlich arbeitet: „Shareholder Value wird so zum Careholder Value. Statt Teilhaber am Profit im herkömmlichen Sinn sind sie Hüter des Gewinns für alle“ (ebenda: 39). Da dies nur im beschränkten Umfang funktioniert, plädiert Kennedy für eine Relativierung des Geldes, seine Rückbindung an konkrete Lebensbedürfnisse und seine Rückführung auf kleinere Einheiten. Damit einher geht eine Pluralisierung des Geldes von Zeitwährungen über Regionalgeld zur CO₂-Währung.

Auch im Kontext der Nord-Süd-Debatten sind feministische Ansätze zu alternativen Umgangsformen mit Geld eher an „kleinem“, an „konkretem“ Geld orientiert. In Indien hat die Mikrokreditkrise Überlegungen verstärkt, wie Sparen und Kreditvergabe in Sozialverträge und Strukturen einer solidarischen Ökonomie rückgebettet werden können. Zentral ist, dass der von den Armen erwirtschaftete Surplus nicht von außen abgeschöpft wird, sondern in den lokalen Kreisläufen von Existenzsicherung bleibt. Die Frauengewerkschaft SEWA (Self-Employed

Women`s Association) gründete bereits 1975 eine Bank, die dem Kollektiv der Mitgliedsfrauen gehört. Außerdem baute sie Produktionskooperativen und ein eigenes Sozialversicherungssystem als weitere bedürfnisgerechte Säulen neben Sparen und Kreditvergabe auf. SEWA insistiert auf dem Non-Profit-Ansatz und war von der Mikrofinanzkrise nicht betroffen.

Leo Podlashuc weist in diesem Kontext auf die Semantik des Sparens bzw. der Ersparnisse (savings) hin. Im Unterschied zum deutschen „sparen“ ist „saving“ mehrdeutig und meint sowohl retten als auch etwas aufheben, für die Zukunft beiseite legen (Podlashuc 2009: 269). Saving meint nicht die Pflicht zur Sparsamkeit, sondern das Recht, etwas übrig behalten zu dürfen. Bei den Shack/Slum Dwellers International (SDI), einer transnationalen sozialen Bewegung des Südens, werden „savings“ nicht individuell angelegt, sondern sollen gerade umgekehrt im atomisierten Milieu der Armut soziale Solidarität hervorbringen und existenzielle Sicherheit durch gemeinschaftlich organisierten Bau von Wohnraum schaffen – ein Gegenmodell zu den Subprime Krediten in den USA.

In all diesen Ansätzen und Konzepten wird Geld verstanden als ein Mittel, mit dessen Hilfe für ein gutes, zumindest besseres Leben gesorgt werden kann. Dieses Prinzip der Sorge ist für unseren Perspektivenwechsel zentral. Davon ausgehend kann zweierlei festgehalten werden. Erstens geht die Sorge im Geld nicht auf. Die Hinwendung zu den konkreten Menschen, die mit ihren unmittelbaren Lebensbedürfnissen und -äußerungen teils abhängig und angewiesen sind, ist mit der „Logik“ des Geldes allein nicht zu machen. Vielmehr bedarf die Sorge anstelle abstrakter Logik der „lächelnden“ und der „mitfühlenden“ Vernunft – einer Vernunft, die Denken und Fühlen vereint (vgl. Meier-Seethaler 2011: 469 ff.). Die Hinwendung zum konkreten Menschen erfordert in Teilen die Abwendung vom abstrakten Geld. Zweitens darf aber das Regiment auch nicht dem abstrakten Geld und seiner Tendenz zur Sorglosigkeit, zur Schrankenlosigkeit bis hin zum autistischen Kreisen um die eigene Selbstvermehrung überlassen werden. D.h., seiner Dynamik müssen an Sorge und Vorsorge orientierte Grenzen gesetzt werden.

Nur so kann Geld die Funktion erhalten, die ihm in vorsorgender Perspektive zukommt: die dienende, unterstützende Funktion für sozial-ökologische Wirtschaftsprozesse. Aus Geld als Gewalt wird so Geld als Lebens-Mittel.

3. Von der Arbeit

Arbeit ist existenzsichernde soziale Alltagspraxis im Austausch mit der Natur und ein Vergesellschaftungsmodus. Aber in den von der protestantischen Leistungsethik geprägten Kulturen gilt nur Erwerbsarbeit als Quelle von Wachstum und Wohlstand und als zentraler Mechanismus der Existenzsicherung von Individuen. Die immer wieder beschworene Krise der Arbeit zeigt daher nicht nur konjunkturelle Schwankungen, sondern auch Wohlstandskrisen an.

Aktuell ist Erwerbsarbeit von drei Entwicklungen gekennzeichnet. Sie ist erstens prekärer geworden. Zum einen, weil eher temporäre Arbeitslosigkeit, weil ungesicherte und befristete Beschäftigungsverhältnisse „normaler“ werden als die „Normalarbeit“. Zum anderen können viele von ihrem Arbeitseinkommen nicht mehr leben und bedürfen der staatlichen Transferzahlungen oder müssen mehrere „Mini-Jobs“ kombinieren. Zweitens ist eine Entgrenzung von Arbeit zu beobachten. Gestützt auf Computertechnologien können viele Arbeiten jederzeit und überall stattfinden. Drittens ist allen Erosionserscheinungen zum Trotz eine Totalisierung von Erwerbsarbeit erfolgt, am deutlichsten formuliert von Toni Blair und Gerhard Schröder im Kontext der Agenda 2010: Workfare statt welfare. Insbesondere die Kombination von Prekarisierung und Totalisierung birgt enormen sozialen Zündstoff und schränkt die Lebensqualität ein.

Im Folgenden werden die Qualität und Quantität von Arbeit entlang der oben schon angesprochenen zentralen Trennungsstruktur betrachtet, nämlich entlang der Abspaltung der Handlungsrationalität der Sorge von der Markt- und Geldrationalität. Diese korrespondiert mit der geschlechtshierarchischen Teilung von Arbeit vom Haushalt bis zur internationalen Arbeitsteilung.

3.1. Die Abspaltung der Sorgeökonomie von der Marktökonomie

Erwerbsarbeit gilt in unserer leistungsnormierten Gesellschaft als Quelle von Wachstum und Wohlstand, und zudem als zentraler Mechanismus der Vergesellschaftung, sozialer Teilhabe und Integration. Die neoklassische Ökonomie zählt nur die geld-entlohnte, marktförmige Arbeit als produktiv und wertschöpfend. Dagegen trennt sie Sorge-, Subsistenz- und Reproduktionsarbeit – überwiegend unbezahlt und unsichtbar von Frauen geleistet –, die Wohlbefinden und soziale Integration schafft, von der Ökonomie ab und wertet sie als „unwirtschaftlich“ und als nicht-produktiv. Im Unterschied dazu gelten in subsistenzorientierten Ökonomiestrukturen wie in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft Afrikas Selbstversorgungstätigkeiten wie Gemüseanbau im Küchengarten als höchst wirtschaftlich und sichern den Frauen Anerkennung als Ernährerinnen.

Bevor „Arbeit“ zur industriell geprägten „Erwerbsarbeit“ wurde und werden konnte, setzte sich eine bestimmte Vorstellung darüber durch, auf welcher Art von Arbeit „Eigentum“ beruht. Matthias Zimmer verortet in seinen Überlegungen zur Entstehung von Fortschritt eine ideengeschichtliche Zäsur in der klassischen Vertragstheorie (Zimmer 2011: 3f). Bei John Locke, dem „geistigen Vater“ bürgerlichen Eigentums ist es eine bestimmte menschliche Arbeit, die mit den Objekten der Natur gemischt das Eigentum hervorbringt: Das Wasser gehört demjenigen, der es schöpft – und nicht derjenigen, die die Quelle hegt und pflegt. Die Birnen gehören derjenigen, die sie sammelt oder pflückt – nicht demjenigen, der für das Gedeihen des Baumes sorgt (siehe auch Winterfeld/Biesecker/Ergenzinger 2007).

Sorgearbeiten und die Care-Economy unterliegen einer eigenen Logik, nämlich der Für- und Vorsorge, der sozialen Nähe, des Reproduktiven und Lebenserhaltenden.

Diese Handlungsrationalität liegt quer zur Funktionslogik der Märkte, die auf Effizienz, Gewinnsteigerung und Wachstum zielt. Auf Grundlage der künstlichen Reduktion der Ökonomie auf den Markt hat die neoklassische Ökonomie eine Hierarchie der Arbeitsbewertung konstruiert, die wegen der geschlechtsstereotypen Zuschreibung von Arbeiten an Geschlechteridentitäten gekoppelt ist: Erwerbsarbeit ist zuallererst „männlich“ konnotiert, Fürsorglichkeit wird als weibliche Kernkompetenz und „natürliches Sozialkapital“ von Frauen konstruiert (Lutz 2008). Zeitbudgetstudien zeigen, dass dem empirisch die quantitative Verteilung von Arbeit entspricht: Männer leisten zwei Drittel der bezahlten und Frauen zwei Drittel der unbezahlten Arbeit in Deutschland (1.Gleichstellungsbericht 2011: 6.Kap).

Die Marktakteure versuchen allerdings, Sorgearbeit wie z.B. personennahe Dienstleistungen mithilfe von Modulen und Zeittakten dem Effizienzdiktat zu unterwerfen. Da Erziehung und Pflege jedoch mit ihren eigenen Zyklen, Tempi und asymmetrischen, d.h. nicht tauschförmigen Beziehungen quer zur geforderten Effizienzsteigerung und Beschleunigung liegen (Jochimsen 2003, Madörin 2006), legitimiert dies immer wieder die Geringbewertung und -bezahlung dieser Arbeiten auf dem Markt. Die Einführung von Pflegemodulen mit der In-Wert-Setzung von technischen Handreichungen im Minutentakt ist ein Beispiel, wie der Effizienzgewinn auf Kosten der sozialen und moralischen Qualität von Sorgearbeit geht.

Der Markt setzt Sorgearbeit als quasi natürliche und unendlich dehnbare Ressource voraus und eignet sie sich unentwegt an (Elson 1995). Kinderbetreuung und der Wasserkreislauf der Natur gelten gleichermaßen als außerökonomisch und nicht wertschöpfend. Obwohl die Produktion seit der Industrialisierung aus den sozialen und ökologischen Zusammenhängen „entbettet“ ist, wie Karl Polanyi sagt, ruht kapitalistische Wertschöpfung förmlich auf einem Polster von überwiegend unbezahlt geleisteter Sorgearbeit ebenso wie auf den selbstregenerativen Kräften der Natur. Beide, die Marktökonomie und die Care-Ökonomie, sind existentiell verflochten. Ohne Vorsorge, Fürsorge und soziale Reproduktion kann ein Markt ebensowenig funktionieren wie ohne die Regeneration und Produktivität der Natur. Sorg- und rücksichtslos nutzt der Markt mit seiner Maximierungsrationalität die Sorge- und Naturproduktivität aus und zerstört sie auf Dauer.

Die Ökonomisierung der Care-Economy findet ihre Zuspitzung in einer zunehmenden Finanzialisierung, weil spekulatives Kapital auf der Suche nach neuen, risikoarmen Anlagemöglichkeiten in das „attraktive Marktsegment“ eindringt. Soziales, früher Außerökonomisches, und marktferne Handlungsrationitäten werden damit der Rendite- und Maximierungslogik des Finanzmarkts unterworfen. Besonders ambulante Pflegedienste und Altenheime gelten als Wachstumsbranche. Das bedroht die Qualität der Sorgearbeit, verdrängt und entwertet die Sorgelogik einmal mehr.

Die Gleichzeitigkeiten von Abtrennung und Verflechtung, Marktintegration und Abwertung von Sorgearbeit sind systemimmanente Widersprüche, die eine Krise

des “Reproduktiven“ nach der anderen erzeugt: soziale und Umweltkrisen (Biesecker/Hofmeister 2006: 18).

3.2. Kein Ende der Arbeitsgesellschaft

Die immer wiederkehrende Rede von der Krise der Arbeit und vom Ende der Arbeitsgesellschaft (Hannah Arendt 1954, Andre Gorz 1989) signalisiert den Megatrend, dass existenzsichernde Erwerbsarbeit knapp wird. Zum einen koppeln die fortschreitende Technologisierung und Rationalisierung Produktivitätssteigerung, *economies of scale* und Warenwohlstand von dem massenhaften Einsatz von Arbeitskräften ab. Immer weniger Arbeitskräfte produzieren immer mehr Güter. Die Wirtschaft wächst, ohne dass die Zahl der Arbeitsplätze zunimmt (*jobless growth*).

Zum anderen erzeugt die globalisierte Standortkonkurrenz den vermeintlichen Sachzwang, Erwerbsarbeit durch Deregulierung – der Aushöhlung von Tarifrecht, von Kündigungsschutz, Mutterschutz etc. –, und neue Beschäftigungsformen – Mini-Jobs, Etablierung von Niedriglohnbereichen, Informalisierung und Flexibilisierung – billiger zu machen. Dies führte in den westlichen Industrienationen zur Erosion des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses des vollbeschäftigten weißen Ernährermannes, während gleichzeitig eine „Feminisierung“ der Beschäftigung stattfand. Damit wird zum einen der Trend bezeichnet, dass die Beschäftigungszahlen von Frauen schneller wuchsen als die von Männern, zum anderen aber auch, dass „feminisierte“, informelle, ungeschützte und Teilzeit-Beschäftigungen auch für Männer zunahmen. In Deutschland wuchs die Zahl erwerbstätiger Frauen bei konstantem Arbeitszeitvolumen, d.h. mehr Frauen teilen sich das gleiche Erwerbszeitvolumen. Die Mehrzahl findet lediglich eine flexible und geringentlohnte Beschäftigung und unterliegt damit weiterhin dem Konzept der Zuverdienerin (Bothfeld u.a. 2005; Klenner/Klammer 2009).

Die EU fasst diese Arbeitsmarktentwicklungen und Flexibilisierung von Genderrollen als „Adult-Worker-Modell“ zusammen (Giullari/Lewis 2005). Dieses ebenfalls auf Erwerbsarbeit reduzierte Konzept ignoriert, dass die Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit zu ungleichen Bedingungen stattfindet, weil die Arbeitsmärkte immer noch geschlechtssegmentiert sind und das Lohngefälle zu Männern – 23 Prozent in Deutschland, 15 Prozent im EU-Durchschnitt – signifikant ist (1.Gleichstellungsbericht 2011: 5.Kap.).

Die Verlagerung von Arbeit in sogenannte „Billiglohnländer“ und dort zu einem großen Teil an junge Frauen als besonders fleißige, gefügte und billige Arbeitskräfte war eine strategische Methode der Kostensenkung der Produktion, um die Gewinnmarge der Handelskonzerne zu verbessern. Diese Methode führte mit dem Aufbau globaler Wertschöpfungsketten in allen Produktions- und Handelsbereichen bis in die entlegendsten Winkel des Planeten auch zu einer Globalisierung der Marktprinzipien von Effizienz und Produktivitätssteigerung von Arbeit. Gleichzeitig ermöglichte diese „neue internationale Arbeitsteilung“ den Import preisgünstiger Massenware in die Industrienationen. Diese sollten die Senkung der Reallöhne

im Norden und die Prekarisierung von Lohnarbeit kompensieren, was die Arbeitssoziologin Beverly Silver einen neokolonialen „Sozialpakt“ nennt (2005).

Die Verstetigung prekärer Arbeitsformen wie auch dauerhaft hohe Erwerbslosenzahlen im Norden wie im Süden zeigen jedoch, dass marktförmige Arbeit keineswegs für alle gesellschaftliche Integration, Existenzsicherung und Wohlstandsgewinn gewährleistet. Dies ist keine vorübergehende Krise der Erwerbsarbeit, sondern ein grundlegender Widerspruch im Verhältnis von produktiver Arbeit und gewinn gierigem Kapital.

3.3. Verschiebung von Arbeit, aber keine Lösung der Reproduktionskrise

Angesichts vermehrter Erwerbstätigkeit von Frauen stellt sich die zentrale Reproduktionsfrage aller Gesellschaften, wer die Sorgearbeit für die Kleinen, die Kranken und die Alten macht (Folbre 1994), neu als Problem der „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“. Diese Frage wurde lange als individualisierte Verantwortung von Frauen thematisiert und nicht als gesellschaftliches Problem. Doch die Arbeit, die sich um die Reproduktion des Sozialen und der Natur sorgt, ist auch in hochtechnisierten Gesellschaften nicht überflüssig geworden. Im Gegenteil: zum einen verändert sich der Bedarf an Sorgearbeit, verschiebt sich zum Beispiel in vielen Ländern auf die Betreuung alter Menschen, zum anderen macht gerade die industrialisierte Produktions- und Lebensweise mit ihren vielfachen Schäden an Umwelt und Menschen ein Mehr an Sorgearbeit notwendig.

Zum dritten bewirken Austeritäts- und neoliberale Politiken, dass Versorgungsleistungen vom öffentlichen Sektor in die privaten Haushalte und lokalen Gemeinschaften verschoben und dort überwiegend unbezahlt oder ehrenamtlich von Frauen übernommen werden. Dies geschieht im Zuge von Privatisierung öffentlicher Güter und Einrichtungen sowie durch den Paradigmenwechsel sozialer Verantwortung vom Solidarprinzip zur Eigenverantwortung (siehe 5.1).

Die Ökonomisierung der Privathaushalte als Beschäftigungsterrain für Familien-Dienstleisterinnen hat zu einem Höchstmaß an Flexibilisierung und zu Dumping-Löhnen geführt. Damit wurde dieser neue „Wachstumssektor“ zu einem Prototyp für prekäre Beschäftigungsverhältnisse, mit einem hohen Anteil von *working poor*, Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit arm sind. Dies verändert weder die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung noch die Geringschätzung von Sorgearbeit.

Weder die weitere Marktintegration noch die Transnationalisierung von Sorgearbeit brechen die Hierarchie von Erwerbs- und Sorgearbeit auf oder lösen den systemischen Widerspruch von Wachstum und Erhalt auf. Auch die Globalisierung bricht sie keineswegs auf. Tatsächlich findet eine transnationale Verschiebung von Reproduktionsarbeit, aber auch von Reproduktionskrisen statt. Ob nun Polinnen Alte in Deutschland betreuen oder Migrantinnen aus den Philippinen in Hongkong, Saudi Arabien oder Italien als niedrigentlohnte Hausangestellte oder Krankenschwestern arbeiten – immer wird Sorgearbeit von ärmeren in wohlhabendere Haushalte, von

armen in reiche Länder verschoben. Damit wird ein Engpass sozialer Reproduktion an einem kaufkräftigen Ort durch eine „transnationale Sorgekette“ überbrückt. Die Migrantinnen überlassen die Betreuung eigener Kinder ihren Töchtern, Schwestern oder gegen ein paar Cents Nachbarinnen, während sie im Norden fremde Kinder wickeln und hüten (Ehrenreich/Hochschild 2002; Parrenas 2001). Ukrainerinnen übernehmen Sorgeleistungen in Polen. Am Ende der Kette reißt der *care drain* durch Migrantinnen aus dem Süden und Osten jedoch eine Sorgelücke in den Privathaushalten und Krankenhäusern in den Herkunftsländern (Widding Isaksen/Sabasivan/Hochschild 2009).

So findet tatsächlich eine Neuverteilung von Sorgearbeit rund um den Erdball statt, aber nicht zwischen Männern und Frauen, sondern zwischen Frauen aus verschiedenen sozialen Klassen, Ethnien und Ländern. Dies bestätigt die geschlechtsspezifische Zuschreibung von Sorgeaufgaben. Gegenläufig zu dieser Perpetuierung von Geschlechterstereotypen bedeutet die „Feminisierung der Migration“ wie auch die Feminisierung von Beschäftigung eine Flexibilisierung von Gender-Normen. Frauen wachsen in eine monetarisierte Ernährrolle für die Haushalte hinein, während die männliche Allein-Ernährrolle ausgehöhlt wird. So kommt es zu einer gleichzeitigen „Intensivierung und Erodierung“ der Bedeutung ökonomischer Geschlechterrollen (Bakker 2002: 21; Brodie 2004: 20-25).

3.4. Perspektivenwechsel

In der jahrelang geführten Debatte um „Lohn für Hausarbeit“ ging es um eine gesellschaftliche Aufwertung von unbezahlter Sorgearbeit. Sie zeigte, dass die Integration von Sorgearbeit in die Geld- und Lohnlogik und die Internalisierung von Kosten in ein Dilemma führt: entweder Zerstörung der Sorgepotentiale durch Externalisierung oder Zerstörung durch Unterwerfung unter die Wachstums- und Effizienzrationalität des Marktes – beides ohne eine Veränderung hierarchischer Geschlechterverhältnisse (Hoppe 2002: 152ff).

Da weder marktförmige, technische noch transnationale Lösungen den inhärenten Widerspruch von Arbeit in der Markt- und Geldökonomie auflösen – den Widerspruch, dass sie nicht nachhaltig existenzsichernd, die Lebensgrundlagen erhaltend und krisenfest ist – ist ein Perspektivenwechsel notwendig, der Arbeit vom Vor- und Versorgen und nicht vom Markt her denkt. Eine Neudefinition von Arbeit muss die vielfältigen Arbeitsformen einschließen, die unbezahlt, ehrenamtlich und mit Motiven jenseits der Marktrationalität von Effizienz, Konkurrenz und Wachstum ausgeführt werden. Ein Maß für alle Arbeitsprozesse jenseits von Geld ist zudem die Rücksichtnahme auf die Regeneration der Natur und ein ressourcenschonender und emissionsarmer Umweltbezug.

Dieses neue Arbeitsverständnis ist Grundlage für eine gesellschaftliche Umverteilung und Umbewertung von Arbeit. Dabei werden sowohl geschlechtsspezifische Zuweisungen als auch geschlechtsgebundene Bewertungen von Arbeit überwunden. Wöchentliche Erwerbsarbeitszeiten werden radikal verkürzt, damit sowohl Er-

werbsarbeit als auch Sorgearbeiten zwischen Männern und Frauen geteilt werden können. Es liegen bereits mehrere Konzepte für eine solche Transformation vor: z.B. das Vier-in-Einem-Konzept von Frigga Haug (2008), die Halbtagsgesellschaft (Stahmer et.al.2006), „kurze Vollzeit für alle“ (Holtup/Spitzley 2008), „vorsorgendes Arbeiten“, das umverteilt und die einzelnen Arbeitsbereiche nach sozial-ökologischen Kriterien gestaltet (Biesecker/Baier 2010) und „Vollbeschäftigung durch Teilzeiterwerb und Teilzeitsorge für alle“ (Wichterich 2012).

Ein solcher Umbau der gesellschaftlichen und geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung braucht politische Rahmenbedingungen und Möglichkeitsstrukturen. Eine integrative und geschlechtergerechte Gleichstellung in der Verteilung und Bewertung von Arbeit muss in demokratischen Diskursen exploriert und in neuen Gesellschaftsverträgen ausgehandelt werden. Eine ermöglichende Vorbedingung ist ein Grundeinkommen, das weder die alten Geschlechtsstereotypen in der Arbeit reproduziert noch als eine neoliberale Absicherungsform der Prekarisierung von Erwerbsarbeit missbraucht wird. Dieses Grundeinkommen wäre bedingungslos in dem Sinne, dass es an keinerlei Zugangseinschränkungen oder Sanktionsdrohungen geknüpft wäre und somit ermöglichte, Lohneinkommen und soziale Sicherung wirklich zu entkoppeln. Es wäre gleichwohl bedingungsvoll, weil es nur ein Element einer qualitativ hochwertigen sozialen Infrastruktur wäre, die allen den Zugang zu Daseinsvorsorge und sozialen Sicherheiten gewährleistet.

4. Vom Wohlstand

Es wird immer deutlicher: Die zentralen Begriffe, die die moderne kapitalistische Ökonomie prägen, sind Trennungsbegriffe. Sie beziehen sich ausschließlich auf einen Teil des Ökonomischen, auf die Marktökonomie. Das gilt auch für den Wohlstandsbegriff, auch er ist marktzentriert und marktfixiert. Und er wird getragen von ebensolchen Produktions- und Konsummustern. Welche Qualität steckt in diesem Wohlstandskonzept – und was schließt es aus? Dieser Frage gehen wir im Folgenden zunächst nach, bevor wir die Perspektive wechseln und über Livelihood und gutes Leben als Wegweiser für ein alternatives Wohlstandskonzept nachdenken.

Wir sprechen von Wohlstand. Aber die Trennung zwischen „Wohlstand“ und „Wohlfahrt“, zwischen „wealth“ und „welfare“ bleibt etymologisch gesehen unscharf. Der gemeinsame indogermanische bzw. indoeuropäische Stamm ist „wel“. Begriffsgeschichtlich umfassen sowohl „welthe“ als auch „weal“ stets zwei Dimensionen, die materielle und die immaterielle: „prosperity“ und „happiness“, „riches“ und „well-being“ (The American Heritage Dictionary of the English Language 1981).

4.1. Wohlstand, wie der Markt ihn schafft: Warenwohlstand

Bei den Wohlfahrtseffekten, die Adam Smith in seiner Analyse betont (die ökonomische Theorie spricht meistens von Wohlfahrt anstelle von Wohlstand),

geht es um die Steigerung der Produktivität in der Herstellung von Waren durch (Erwerbs)Arbeitsteilung und Ausdehnung von (Wettbewerbs-)Märkten. Wohlfahrtssteigerung beruht hier auf Effizienzsteigerung, d. h. darauf, dass mit demselben Einsatz von Arbeitskraft (später auch von Naturressourcen) immer mehr Waren produziert werden.

Dieses Konzept beinhaltet ein spezifisches Wohlstandsversprechen: ein Wohlfahrtsversprechen für alle Marktteilnehmer. Der Tausch zwischen ihnen soll zur bestmöglichen Verteilung (Allokation) der Produktionsfaktoren (Erwerbsarbeit, Boden, Kapital) und damit zu einem gesellschaftlichen Optimum führen, da jeder, gedacht als Nutzenmaximierer, durch den Tausch seinen Nutzen steigern würde. Indem die Märkte ausgedehnt würden, so lautet dieses Versprechen weiter, schließe dieser Wohlstand auch die Arbeitenden ein. Denn die wachsende Produktion führe zur steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften und damit zu steigenden Löhnen. Dadurch steige insgesamt das Lebensniveau, ausgedrückt in der kaufbaren Warenmenge. Wohlstand ist Warenwohlstand, Wohlstandssteigerung entsteht durch Warenwachstum. Die daran Beteiligten sind Warenproduzenten oder Warenkonsumenten. Es gibt nichts anderes.

Dieses Wohlstandskonzept ist in der ökonomischen Theorie vielfältig verfeinert und formalisiert worden. Aber der Kern ist bis heute derselbe: Wohlstand wird prinzipiell nur als Allokationswohlstand verstanden. Die Grundannahme der optimalen Ressourcenallokation durch den Markt findet sich in den Diskursen über Globalisierung und den freien Markt als win-win-Topos wieder. Sowohl die politische Frage nach einer gerechten Verteilung der Waren und Einkommen als auch ökologische Fragen, d.h. Fragen des Erhalts der Naturproduktivität, sind nachgeordnet. Und das implizierte Wohlstandsversprechen gilt von vornherein und systematisch eben nicht für alle, eben nicht für diejenigen, die jenseits des Marktes die Sorge-Arbeit leisten. Da dies, wie oben gezeigt wurde, immer noch vor allem Frauen sind, wird hier auch deutlich, dass sich die geschlechtshierarchische Struktur der kapitalistischen Ökonomie auch im Zugang zum Warenwohlstand ausdrückt. Im Geschlechtervertrag der Ernährer-Hausfrauen-Ehe, der dem vollbeschäftigten Ernährermann einen Familienlohn zuschreibt, erhält die Frau nur abgeleitete, vom Mann abhängige Ansprüche an soziale Sicherheit und lediglich indirekt Zugang zu Wohlstand.

Dieses Ökonomiekonzept war und ist politikfrei gedacht. Die Rationalität der Marktakteure – eine kurzfristige, auf Nutzen- und Gewinnmaximierung zielende Rationalität – entscheidet darüber, was zu tun ist. Effizienz gilt als oberster Wert. Diese Dominanz des Ökonomischen begründete sich für Adam Smith in seinem Glauben an eine „natürliche Ordnung, die dem Wirken einer Tauschwirtschaft zugrunde liegt, in Verbindung mit dem Glauben an eine natürliche Harmonie der Einzelinteressen...“ (Pribram 1992, Bd. 1: 256). Dass dies sich als Irrtum herausgestellt hat, wissen wir heute – die kapitalistische Ökonomie ist durch Interessenge-

gensätze und Herrschaft, durch Inklusion und Exklusion gekennzeichnet. Die Wohlstandsgewinne sind sehr ungleich verteilt.

Und dass die Verteilung für den Wohlstand der Menschen nicht im Sinne von Warenwohlstand, sondern von Glück und Zufriedenheit, eine große Rolle spielt, hat die umfangreiche Studie von Richard Wilkinson und Kate Pickett (2009) gezeigt. Unter Auswertung aller verfügbarer Zahlen der UN und anderer internationaler Organisationen kommen sie zu dem Ergebnis: Je reicher eine Gesellschaft ist, desto geringer ist der Wohlfahrtsgewinn durch Wachstum. Dagegen haben die Gesellschaften, in denen größere Gleichheit herrscht, in allen Bereichen (Kriminalität, Mädchenschwangerschaften, Schulversagen, Lebenserwartung, Gesundheit z. B.) weniger soziale Spannungen und weniger soziale Probleme. Die Menschen – und zwar alle Gesellschaftsmitglieder – fühlen sich in diesen Gesellschaften mehr integriert, beteiligt und anerkannt. Die Lehre, die Wilkinson und Pickett aus dieser Studie ziehen, lautet: Gleichheit ist Glück, nicht Wachstum.

Glück, Zufriedenheit und Lebensziele sind somit eng gekoppelt an nicht-materielle Faktoren, zum einen an soziale Bindungen wie Ehe, Partnerschaft und „für andere da sein“ (siehe den Verweis von Gert Wagner auf die Wichtigkeit von Lebenszielen in, Quelle?), zum anderen an Gerechtigkeit, und zwar in einem doppelten Sinn: als Verteilungsgerechtigkeit und als Anerkennungsgerechtigkeit (vgl. Fraser 1997 und 2001). Menschen empfinden ihr Leben in der Gesellschaft als gut, so lautet unsere Schlussfolgerung, wenn sie sozial-kulturell anerkannt werden und am ökonomischen Wohlstand sowie an der politischen Gestaltung der Gesellschaft teilhaben können.

Das war auch in der Bundesrepublik der 1950er Jahre politisch verstanden worden: „Wohlstand“ wurde zu einem zentralen politischen Begriff. Das Konzept des „Wohlstand für Alle“ (vgl. Erhard 1957) war mit dem „Wirtschaftswunder“ verknüpft, basierte also auf enormer wirtschaftlicher Prosperität. Zugleich aber war der Ansatz mit der Vorstellung einer *sozialen* Marktwirtschaft und der Vorstellung der Bundesrepublik als einem *sozialen* Rechtsstaat verbunden. In Zeiten der Systemkonkurrenz und des Kalten Krieges wurde ein starker sozialpolitischer Anspruch formuliert; Wirtschafts- und Sozialpolitik sollten den Markt begrenzen wie auch „sozialisieren“. Das Ende der Systemkonkurrenz und das Aufblühen des Neoliberalismus können so interpretiert werden, dass nicht mehr der Markt auf das Soziale, sondern das Soziale auf den Markt verpflichtet wird. Damit bleibt Wohlstand marktorientiert und wachstumsgebunden – aber das Wohlstandsversprechen verliert wieder seine sozialstaatliche Gebundenheit. Diese Ökonomisierung des Sozialen ist für den Konflikt- und Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer einer von drei schleichenden Prozessen, die „das entsicherte Jahrzehnt“, wie er das erste Jahrzehnt in Deutschland im 21. Jahrhundert nennt (vgl. Heitmeyer in Goettle 2012:15), kennzeichnen. Die anderen beiden Prozesse sind Demokratieentleerung und „Anomie, eine Art Orientierungslosigkeit“ (ebenda). All das führe dazu, so Heitmeyer, „dass bestimmte Gruppen immer mehr in die Abwertung hineingerat-

ten... niedrig qualifizierte Zuwanderer, Langzeitarbeitslose, Behinderte und Obdachlose“ (ebenda). Die Abwertenden findet Heitmeyer in den oberen Einkommensgruppen, deren Verhalten er als „rohe Bürgerlichkeit“ bezeichnet (ebenda). Und er warnt:

„Dieser rohen Bürgerlichkeit müssen wir unsere Aufmerksamkeit widmen. Es ist eine Bürgerlichkeit, die sich bei der Beurteilung sozialer Gruppen an den Maßstäben der kapitalistischen Nützlichkeit, der Verwertbarkeit und Effizienz orientiert. Damit leugnet sie die Gleichwertigkeit von Menschen, macht ihre psychische und physische Integrität antastbar und führt zugleich einen Klassenkampf von oben. Sie ist sozusagen der Transmissionsriemen gegen diejenigen, die als Ausgegrenzte definiert werden.“ (ebenda: 15/16)

4.2. Produktions- und Konsummuster

Der Warenwohlstand ist im Kontext der Globalisierung gewachsen. In den Industrienationen des Nordens wie auch in den Schwellenländern entstand für breite Mittelschichten ein Wohlstand in Form von Gütern, komfortablem Lebensstil, einer ebenfalls markt- und industriell-definierten individuellen Wellness und erhöhtem Konsum durch *economies of scale* in der Produktion und den Dienstleistungen. Dies war nur auf Grundlage eines erhöhten Naturverbrauchs möglich. Aus der Wohlstandsproduktion wurden soziale und ökologische Kosten in großem Umfang externalisiert und dadurch der Preis der Waren verbilligt. Dieser „Download“ von Kosten, Lasten und Risiken in die außermärkliche Ökonomien der Haushalte, lokalen Gemeinschaften und der Natur (Elson 2002) ist der – zunächst – unsichtbare Preis des Warenwohlstands. Brand und Wissen (2011) bezeichnen deshalb die auf diesem Warenwohlstand beruhenden Lebensweise als „imperial“.

Dieser ökologische und soziale Fußabdruck wird in Form sozialer Lasten vor allem von den Nicht-Wohlhabenden und als ökologische Schäden von der Umwelt aufgefangen. Expansion von Warenwohlstand und soziale Exklusion sind ein innerer Widerspruch des Wachstumsprozesses, in dem sich die strukturelle Sorg- und Rücksichtslosigkeit kapitalistischer Produktions- und Naturverhältnisse manifestiert. Die oben dargestellte Nahrungsmittelkrise 2008/9 zeigte, wie durch industrieeffiziente Produktionsweise und Finanzialisierung Warenfülle und Wohlstandswachstum von der Armut- und Hungerbeseitigung entkoppelt sind. Dieser Widersinn spitzt sich extrem in der Produktion destruktiver Technologien wie der Rüstungsindustrie zu, die auch in der Krise immer noch wächst. Waffenexport, d.h. Produktion mit dem Ziel, Leben zu zerstören, ist in Deutschland eine Quelle des Wohlstands der Nation. Absurderweise haben deutsche Waffengeschäfte mit dem hoffnungslos verschuldeten Griechenland im letzten Jahr zugelegt.

Lange ist bekannt, dass das Wohlstands- und Konsumniveau der globalen Mittelklassen aufgrund der dramatischen Ressourcenverknappung, fortschreitenden Umweltdegradierung und der Klimaveränderungen nicht verallgemeinerbar ist. Deshalb forderte bereits 1992 die UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro in ihrer Dekla-

ration die Staaten auf, nicht-nachhaltige Produktions- und Konsummuster zu reduzieren oder abzuschaffen, um eine höhere Lebensqualität für alle zu erreichen (Principle 8, Rio Declaration 1992). Diese Empfehlung zielte primär auf eine Korrektur umweltschädigender und abfallintensiver Produktion und Konsumtion. Sie sollten durch Steigerung der Öko-Effizienz und „end of pipe“-Maßnahmen nachhaltiger gemacht werden (Charkiewicz 2001).

Trotz der Effizienzsteigerungen und des erhöhten Technologieeinsatzes in den vergangenen Jahren gelang es jedoch nicht, Wachstum und materiellen Wohlstand vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln. Teilweise stellt sich ein Rebound-Effekt her: Effizienzgewinne erzeugten mehr Konsum und letztlich mehr Naturverbrauch und mehr Emissionen (Jackson 2010).

Gleichzeitig wurde die Natur im Rahmen eines globalen Effizienzmodells zum Zweck ihres Schutzes in ein Subsystem des Marktes verwandelt: sie wird quantifiziert, bepreist, in Privateigentum verwandelt und gehandelt. „Selling nature to save it“, nennt Kathrin McAfee (2011) diese In-Wert-Setzungsstrategie. Zusätzlich hat die multiple Krise einen Investitionsboom in Land und andere Ressourcen ausgelöst. Kapitaleigner suchen aus Furcht vor Inflation und dem nächsten Crash nach schnellen Anlagemöglichkeiten jenseits des Finanzmarktes. Mit dem Argument, Wachstum und Wohlstand für die Zukunft abzusichern, versuchen EU und nationalstaatliche Regierungen in der verschärften Konkurrenz vor allem mit den neuen Schwellenländern den Zugang zu den knapper werdenden Ressourcen für sich zu gewährleisten. Mit Handels- und Investitionsliberalisierung schaffen sie die politischen Rahmenbedingungen für die kurzfristige Fortsetzung der „imperialen“ Lebensweise, statt Strategien von Suffizienz und Verteilungsgerechtigkeit politisch umzusetzen.

4.3. Perspektivenwechsel: Neue Wohlstandsmodelle, Livelihood und Gutes Leben

Eine Wiederherstellung der fordistischen Sozial- und Wohlfahrtsstaatlichkeit, die auf „Vollbeschäftigung“ basierte, ist aus einer ökologischen, feministischen und internationalistischen Perspektive jedoch weder wünschenswert noch möglich. Das Wohlstands- und Konsumniveau der Mittelklassen im globalen Norden war nur auf Kosten der Umwelt und einer massiven Ressourcenausbeutung der Länder des globalen Südens durch ungerechte Terms of Trade und einen Nettokapitaltransfer von Süd nach Nord infolge der Auslandsverschuldung möglich. Das bedeutet, dass der Wohlstand der Konsumklassen im Norden sich von Ungleichheit und einer Machtasymmetrie in der Weltwirtschaft nährt. Ebenso wenig ist Vollbeschäftigung als Normalarbeitsverhältnis wiederherstellbar, zum einen weil aufgrund der Produktivitätssteigerung und der technologischen Entwicklung immer weniger Arbeitskräfte benötigt werden, um immer mehr Güter zu produzieren, zu handeln und Dienste zu leisten. Zum anderen aber weil Vollbeschäftigung des weißen Ernährermannes nur auf Grundlage von Geschlechterungleichheit existierte, d.h. auf Kosten

seiner unbezahlt Sorgearbeit leistenden “Hausfrau“ oder lediglich „zuverdienenden“ Ehefrau ging.

Es geht somit um anderes als den herkömmlichen Warenwohlstand. Es geht um viel mehr. Und es muss auch darum gehen, da dieser Warenwohlstand unter kapitalistischen Strukturen unauflöslich an Wachstum gekoppelt ist – an Naturzerstörung und Expansion, d. h. an Zerstörung noch bestehender nicht-marktlicher, auf Subsistenz ausgerichteter Wirtschaftsweisen.

Ernst Ulrich v. Weizsäcker hat in seiner „Erdpolitik“ (Weizsäcker 1989) dargelegt, dass sich ökologische „Realpolitik“ an einem neuen Wohlstandsmodell orientieren müsse. Die am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie zu Beginn der 1990er Jahre hierzu eingerichtete „Arbeitsgruppe Neue Wohlstandsmodelle“ pluralisierte das eine Modell und skizzierte drei Wege zu neuen Wohlstandsmodellen:

- Effizienz soll *besser*, d.h. mit weniger Ressourcen, mehr Wohlstand erzeugen. Effizienz wird oft der ökonomischen Dimension der Nachhaltigkeit zugeordnet.
- Suffizienz heißt, *weniger* zugunsten benachteiligter Gruppen und künftiger Generationen zu produzieren und zu konsumieren. Ökologische Grenzen werden akzeptiert, und Suffizienz wird häufig korrespondierend zur sozialen Dimension von Nachhaltigkeit angesehen.
- Konsistenz wählt mit Blick auf die Regenerationsfähigkeit der Natur eine *andere* Stoffbasis. Als ökologische Nachhaltigkeitsdimension kann Konsistenz auch weitergehend und grundlegend auf „gesellschaftliche Naturverhältnisse“ bezogen werden. Damit wäre nicht nur die stoffliche Basis relevant, sondern auch Kriterien wie technische Eingriffstiefe, Fehlerfreundlichkeit und Größe (etwa dezentrale oder zentrale Energieversorgung) spielten eine Rolle.

In der Folgezeit dominierte der Nachhaltigkeitszugang der Effizienz, weil er an herrschende Rationalitätsmuster am besten anknüpft. Dagegen findet die Konsistenz in Verbindung mit der Energiewende, dem Biodiversitätsverlust und der Verknappung von Rohstoffen zunehmend öffentliche Beachtung. Auch die Suffizienz hat im Kontext der Post-Wachstumsdebatte immer mehr Anerkennung gewonnen. Gleichwohl hat sie es im Vergleich zu den beiden anderen Zugängen schwer, denn sie enthält eine Kritik an den vorherrschenden Wachstums- und Wohlstandslogiken und macht dabei deutlich, dass der Zwang zum Mehr im entfesselten Wachstum auch deshalb entsteht, weil grundlegend Fragen sozialer Gerechtigkeit ausgeklammert werden. Wenn alles immer mehr wird, haben alle immer genug – es muss nicht umverteilt werden. In der internationalen feministischen Debatte spielt Suffizienz eine signifikante Rolle gerade mit Bezug auf soziale, globale und Geschlechtergerechtigkeit (siehe Salleh 2009).

Ein Perspektivwechsel innerhalb der Suffizienz ist der Vorschlag, sie negativ zu fassen. Sie also nicht mit einem positiven „Sollen“ normativ aufzuladen, sondern sich auf die Zumutungen des „zu viel“ zu konzentrieren und sie als Schutzrecht zu definieren: Niemand soll immer mehr haben wollen müssen (Winterfeld 2011). Suffizienz, so verstanden, fragt nicht, wie viel genug ist (Pflicht zur Suffizienz), sondern sie fragt nach dem, was zuviel ist (Recht auf Suffizienz). Damit kommen auch der effizienzgetriebene Zwang zur Mehrarbeit und der kommerzgetriebene Zwang zum Mehrkonsum in den Blick. Dabei heißt Suffizienz nicht, soziale Einbußen aufgrund der Relativierung des Wachstumsstrebens hinzunehmen. Vielmehr können umgekehrt Fragen der Gerechtigkeit und des guten Lebens erst in den Blick kommen, wenn sie nicht mehr vom Wachstumsimperativ durchherrscht werden.

Aus feministischer Perspektive, die den Blick von den gesellschaftlichen und natürlichen Lebensprozessen her auf die Ökonomie richtet und nach Wohlstand im Sinne von gutem Leben fragt, sind als Leitlinien für eine Neubestimmung des Wohlstands darüber hinaus drei Konzepte von besonderem Interesse: der Livelihood-Ansatz, das Konzept der Bestimmung eines guten Lebens mithilfe der menschlichen Fähigkeiten (Fähigkeitenansatz) sowie das Konzept des Buen Vivir.

Der *Livelihood-Ansatz* entstand, um (Über-)Lebenssicherheit, Wohlstand und Armut anders definieren zu können als durch Geldeinkommen. Basierend auf Analysen gescheiterter Armutsbekämpfungsprogramme in der Entwicklungshilfe in den 1980er Jahre definierten Chambers und Conway nachhaltige Lebensgrundlagen: "a livelihood comprises the capabilities, assets and activities required for a means of living... while not undermining the natural resource base." (Chambers/Conway 1992: 9). Kennzeichnend ist der ganzheitliche Blick, der über ökonomische Messgrößen hinausgeht und die Wahrnehmung lokaler Bevölkerungen ebenso einbezieht wie ihre Fähigkeiten, soziale, politische und Umweltveränderungen aufzufangen. Grown und Sebstad (1989) sprechen von livelihood als der Summe aller materiellen, sozialen, ökologischen und kulturellen Ressourcen der Existenzsicherung.

Im Gegensatz zu Entwicklung als einer Makrostrategie setzt das Livelihood-Konzept bei den lokalen Reproduktionszusammenhängen und beim Mikrokosmos der alltäglichen Überlebenssicherung in der unmittelbaren natürlichen und sozialen Umwelt an und orientiert auf Sicherheit und Erhalt der Existenzgrundlagen, nicht auf Wachstum. Die Dezentralität des Ansatzes beinhaltet, dass er an lokal und regional unterschiedliche Bedingungen anknüpft, biologische und kulturelle Vielfalt erhält statt Monokulturen auf den Feldern und im Denken herzustellen, dass er auf lokales und indigenes, durch Erfahrung erzeugtes Wissen aufbaut und lokale Selbstbestimmungsrechte über Entwicklungspfade zulässt (Wichterich 2002).

Das Süd-Frauen-Netzwerk DAWN vertrat den Livelihood-Ansatz im Vorfeld der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro als Gegenkonzept zu einer Strategie nachholender Entwicklung für die Länder des Südens und einem globalen ressourcenintensiven Wachstumsparadigma. DAWN nannte nachhaltige Entwicklung ein Oxy-

moron, denn Entwicklung, definiert über Wachstum, Effizienzsteigerung und Handelsliberalisierung – wie in der Agenda 21 der UNCED-Konferenz – nötige dazu, Erhalt und Schutz von Ressourcen zu torpedieren (DAWN 1992).

Wohlstandserzeugung ist in versorgungsorientierten Kreislaufökonomien abhängig von moralischen, außermärklichen Prinzipien des Wirtschaftens wie Reziprozität, Nachbarschaftshilfe und Solidarität. Gemeingüter und Commons mit kollektiven Rechten des Ressourcenzugangs und der Nutzung sind ebenfalls konstitutive Elemente von Livelihoods und ein Gegenmodell zur hegemonialen weltmarkt- und konkurrenzvermittelten Entwicklungsstrategie.

Der *Fähigkeitenansatz* wurde als Ansatz zur Bewertung der Lebensqualität von Amartya Sen und Martha Nussbaum entwickelt und liegt dem *Human Development Index* der UN zugrunde. Die Philosophin Martha Nussbaum, deren zentrales Thema das Gute Leben ist, hat ihn weiter ausformuliert (vgl. Nussbaum 1998 und 2003). Gutes Leben wird von ihr verstanden als ein Leben, in dem die Menschen in der Lage sind, ihre Fähigkeiten zur Gestaltung ihres eigenen Lebens zu entwickeln, in dem sie fähig sind, ein lebenswertes Leben in normaler Länge und in guter Gesundheit und körperlicher Unversehrtheit und mit Rücksicht auf die Natur zu führen und die Sinne und die Phantasie zu gebrauchen; Beziehungen zu anderen einzugehen und im sozialen Zusammenhang zu leben, zu lachen, zu spielen; eine eigene Vorstellung vom Guten zu entwickeln und kritisch über die eigene Lebensplanung nachzudenken; durch politische Partizipation das eigene Umfeld mitzugestalten; über Eigentum zu verfügen und das Recht auf einen menschenwürdigen Arbeitsplatz wie alle anderen auch zu haben. Fähigkeiten, so verstanden, sind zugleich Ansprüche der Menschen auf Möglichkeiten zum Tätigsein. Es gilt, politisch dafür Verwirklichungschancen und vielfältige Möglichkeitsräume zu schaffen.

Dieses gute Leben ist gekennzeichnet durch Anerkennung, Selbständigkeit, Sicherheit und Freiheit. Seine je konkrete Ausgestaltung ist kulturell geprägt und daher vielfältig unterschiedlich und muss im gemeinsamen Diskurs immer wieder neu bestimmt und durch gesellschaftliche Regelungen ermöglicht werden. In diesen Diskursen geht es auch um die Überprüfung der Bedürfnisse und der Art ihrer Befriedigung. Es geht auch und gerade um die gemeinsame Bestimmung von Suffizienz. Gesellschaftliche Wohlfahrt in diesem Sinne ist nicht allein monetär bestimmt, ist nicht ein-dimensional kalkulierbar, sondern kann nur viel-dimensional und vielfältig entwickelt werden.

Im Unterschied zu dem von individuellen Menschenrechten ausgehenden Fähigkeitenansatz beruht das Paradigma des *buen vivir* bei den Indigenen in Lateinamerika auf der sozialen Gemeinschaft und auf einem anderen Naturverhältnis. In Bolivien und Ecuador ist das *buen vivir*-Konzept in die Verfassung eingegangen, um den Anspruch auf autochthone, kapitalismus- und kolonialismuskritische Entwicklungswege, aber auch auf eigene indigene Rechtssysteme zu verankern. Damit wird auch eine Pluralität von Kulturen, Gesellschaftsformen und Entwicklungswegen aner-

kannt. Explizit werden alle produktiven und reproduktiven Arbeitsformen wertgeschätzt (Acosta 2011; Fatheuer 2011). Zentraler Anknüpfungspunkt für feministische Ansätze ist das Oberziel, die Grundbedürfnisse des Lebens, die als Grundrechte formuliert sind, zu befriedigen und das Leben als Einheit jenseits politischer Ressorts zu betrachten. Im Topos der *Pachamama* finden sich mit der Verehrung für Mutter Erde, dem Respekt für die Eigenrechte der Natur und dem Einklang zwischen Mensch und Natur viele Denkfiguren des kulturellen Ökofeminismus wieder (kritisch dazu Lambert 2011). Dabei spielen die Nutzung und der Erhalt von Allmenden und Gemeingütern eine Schlüsselrolle, das Nicht-Nutzen von Bodenschätzen wie im Yasuni-Nationalpark in Ecuador ist ein Tribut an die Rechte der Natur, die umkämpfte Privatisierung z.B. von Wasser bleibt ausgeschlossen.

Während einerseits „indigene Traditionen“ wiederangeeignet werden sollen, besteht gleichzeitig ein Bewusstsein darüber, dass patriarchale Strukturen in den indigenen Kulturen aufgebrochen werden müssen. In Bolivien hat das Kulturministerium den durchaus widersprüchlichen Auftrag, indigene Traditionen zu revitalisieren und das Patriarchat zu „dekonstruieren“. Es kann kein „gutes Leben“ ohne Freiheit von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, ohne Würde und Anerkennung aller Geschlechter geben – eine Diskussion, die gerade Frauen in Bolivien führen, die sich nicht für das *buen vivir*-Konzept instrumentalisieren lassen wollen, während sie in den Haushalten sexueller Gewalt ausgesetzt sind.

All drei Konzepte stellen nicht den Begriff Wohlstand, sondern den des guten Lebens in den Mittelpunkt. Und sie machen deutlich: Es geht nicht um die Entwicklung eines einzelnen Indikators, mit dessen Hilfe die Verbesserung der Lebensqualität – monetär – gemessen wird. Vielmehr geht es auch hier um Vielfalt. Es gilt, in gesellschaftlichen Diskursprozessen eine Mehrzahl von Kriterien zu bestimmen, anhand derer ein gutes Leben für alle, d.h. ohne neue Exklusionen und Externalisierungen, im Einklang mit der Natur entwickelt werden kann (s. unten, Punkt 6).

5. Zur Neukonfiguration des Öffentlichen und Privaten im globalen politischen Raum

Im vorangehenden Abschnitt haben wir herausgearbeitet, dass Wohlstand ausschließlich vom Markt her und als Warenwohlstand gedacht wird und sich das Wachstum auf diesen bezieht. Wir haben auch deutlich gemacht, dass der Wohlfahrtsstaat seine Leistungen auf diesen Warenwohlstand bezieht und gleichzeitig durch die diesem Wohlstand zugrunde liegende Rationalität immer wieder bedroht ist. In den folgenden Überlegungen wird thematisiert, dass sich das wohlstandsbezogene Wachstumsideal nahezu ausschließlich auf „privaten“ Wohlstand und auf die Mehrung der „privaten“ Güter, d.h. auf Privateigentum erstreckt. Dazu gehört auch eine Ökonomisierung und Privatisierung öffentlicher Güter. Dies ist in ökolo-

gischer und in sozialer Hinsicht wie auch mit Blick auf Geschlechterverhältnisse problematisch.

„Das Private ist politisch“. Diesen Leitsatz hat die zweite Frauenbewegung seit den 1960er Jahren formuliert. Anliegen dieser Neuen Frauenbewegung war, das Private, Unsichtbare, Abgespaltene aus dem Schatten heraus ins Öffentliche, Sichtbare, Einbezogene zu holen.

Die feministische Politikwissenschaftlerin Carole Pateman hat in ihrem Buch „The Sexual Contract“ herausgearbeitet, dass es sich bei den klassischen, von Thomas Hobbes, John Locke, Jean Jacques Rousseau u.a. konzipierten Gesellschaftsverträgen um Geschlechterverträge handelt. Denn die freien und gleichen Brüder hatten sich die Verfügungsrechte über Körper und Arbeit der Frauen schon gesichert, bevor sie einen Vertrag schlossen (Pateman 1988). Und während im öffentlichen Raum die Freiheit und Gleichheit verkündet wurde, blieb das Unfreie und Ungleiche im weiterhin patriarchal strukturierten Raum des Privathaushaltes bestehen.

Auch wenn sich heute vieles verändert hat und die Gleichstellung von Frauen im Gesetz verankert ist, bleiben alte Trennungsmuster bestehen bzw. werden fortgeschrieben: Das aus politischer Sicht als privat Definierte wird nicht nur „geschützt“, sondern auch instrumentalisiert. Es dient als Quelle und unsichtbare Voraussetzung beispielsweise dann, wenn eine Fülle von Wertstofftonnen mit einer Fülle von häuslichen Sortierarbeiten einhergeht. Es dient als Senke in das bzw. auf das abgeschoben werden kann, was im öffentlichen Raum nicht aufgeht und dort nicht (mehr) gewollt ist. Beispielsweise dann, wenn die sogenannte Kostenexplosion von Gesundheitsdienstleistungen durch private Fürsorgetätigkeiten und „Selbstbeteiligung“ aufgefangen werden muss.

Somit wird aktuell nicht das Private politisch, sondern wird im Kontext der Globalisierung das Politische erneut privat.

5.1. Die Vernachlässigung öffentlicher Güter und die doppelte Privatisierung

Bei Adam Smith handeln die Marktakteure in ihrem „Wettlauf nach Reichtum“ aus Selbstinteresse. Dieses ist einerseits begrenzt durch Sympathie, andererseits durch „ehrliche Spielregeln“, die der Staat den konkurrierenden, individuellen Nutzenmaximierern setzt und durchsetzt (Smith 1985 (1759): 124). Dass die Einzelnen den Staat mit der Überwachung des ökonomischen Raums beauftragen, liegt – so John Locke – in der Einsicht begründet, dass sie gemeinsam mehr erreichen können, schließt aber das Prinzip individueller Nutzenmaximierung ebenso wenig aus wie private Aneignung und Privateigentum.

Der Schlussbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ betont: „Der Staat ist und bleibt die einzige Institution der Gesellschaft, die Verantwortung für das ‚Ganze‘ [...] trägt.“ (Enquete 2002: 421)

Ein zentrales Charakteristikum neoliberaler Globalisierung liegt in der Neustrukturierung des politischen Raumes. Denn um das warenbezogene Wohlstandskonzept

herum definierten die westeuropäischen Sozial- und Wohlfahrtsstaaten den Wohlstand ihrer Nationen auch über die bereitgestellten öffentlichen Güter und sozialen Leistungen, zu denen die skandinavischen Staaten innerhalb ihrer Grenzen einen universellen Zugang gewährleisteten. Infolge neoliberaler Prioritätensetzung wird nationaler Wettbewerbsfähigkeit und dem Erwerb von Standortvorteilen jedoch unbedingter Vorrang vor dem Solidarprinzip und der Gerechtigkeitsnorm eingeräumt. Aus dieser Sicht wird dem Markt wegen seiner Konkurrenzmechanismen eine prinzipiell höhere Effizienz unterstellt als öffentlichen Leistungen. Der Staat soll sich auf seine ‚Kernfunktionen‘ beschränken, definiert als die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einschließlich der Sicherung der privaten Eigentums und der Rahmenbedingung für freie Märkte, d.h. für die individuelle Nutzenmaximierung.

Die Verknappung der Mittel durch eine Steuerpolitik, die vor allem privates Unternehmertum und private Vermögensbildung fördert, und die wachsende Verschuldung haben eine Austeritätspolitik und einen Rückbau sozialer Daseinsvorsorge und Privatisierung des Öffentlichen zur Folge. Der Staatsapparat verschlankt sich durch eine doppelte Tendenz zur Privatisierung, erstens in die Privatwirtschaft und zweitens in die privaten Haushalte hinein. (Braunmühl/ Winterfeld 2003: 8/ 9).

Immer mehr bisher öffentlich finanzierte und organisierte Aufgaben sowie erhebliche Bereiche sozialer Infrastruktur werden an privatwirtschaftliche Akteure übergeben. Dabei werden notwendigerweise nicht nur staatliche Handlungsräume, sondern auch staatliche Regulierungspotenziale aufgegeben, zumindest erheblich gefährdet. Arme Bevölkerungsschichten sind aufgrund mangelnder Kaufkraft vom Zugang zu privatisierter Versorgung ausgeschlossen. In den entwickelten Industriestaaten betrifft dies vor allem den wohlfahrtsstaatlichen Bereich mit den Elementen der Fürsorge und der sozialen Sicherheit wie auch die – insbesondere kommunale – Daseinsvorsorge.

Diejenigen, die sich privatwirtschaftliche Dienstleistungen nicht leisten können, haben keine andere Wahl als die nicht mehr öffentlich, d.h. steuerfinanziert bereitgestellten Leistungen in die Privathaushalte oder in ehrenamtliche bürgerschaftliche Gruppen zu übernehmen, von der nachoperativen Pflege bis zur Öffnung von Bibliotheken.

Im globalen Süden und den Transformationsländern belegen die Erfahrungen mit Strukturanpassungsprogrammen, dass die Entlastung der Staatshaushalte zu Lasten vor allem von Frauen geht. Wo öffentliche Einrichtungen wie das Gesundheitswesen in Afrika angesichts der AIDS-Pandemie völlig überfordert sind, übernehmen oft Frauen individuell in den privaten Haushalten oder kollektiv in Selbsthilfegruppen Versorgungsarbeit und soziale Verantwortung (Razavi 2007). Diese wird als gesamtwirtschaftlich bedeutende Reproduktionsleistung damit erneut unsichtbar.

Die ungezügelte Mehrung der privaten Güter zuungunsten der öffentlichen geht somit mit einer doppelten Privatisierung einher: Verlust versprechende Bereiche

werden in die privaten Haushalte (die als „Senke“ benutzt werden) verlagert, Gewinn versprechende Bereiche hingegen in die privaten Unternehmen. Über Public Private Partnership sichert der Staat hier langfristig die Profite, finanziert aus dem Steueraufkommen der Bürger_innen.

Das Wohlstandsversprechen der Nachkriegszeit – dass Wohlstand dank Wirtschaftswachstum, technischem Fortschritt und einer sozialen Marktwirtschaftspolitik von jedem erarbeitet werden kann – wird neoliberal gewendet. Künftiger „Wohlstand für Alle“ ist nur über Eigenleistung, Eigenverantwortung und Eigenvorsorge in einem zunehmend vermarktlichten und verwettbewerblichten politischen und wirtschaftlichen Raum möglich. Im Interesse privatwirtschaftlicher Maximalisierungsrationalität wird ständig dereguliert und rereguliert, und mit Sachzwangargumenten begründet. Dabei wird ausgeblendet, dass unter verschärften Wettbewerbsbedingungen die Privatwirtschaft in Form von *private governance* bzw. *economic* und *financial governance* zunehmend deutliche Mitregierungsansprüche erhebt, während sie gleichzeitig vehement abwehrt, dass in sie hinein regiert wird.

Auf diesem Hintergrund benannte die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ bereits 2002 eine der größten Gefahren von Globalisierung:

„In der Gefährdung bzw. Vernachlässigung öffentlicher Aufgaben, Öffentlicher Güter liegt vielleicht die wichtigste Gefahr einer Globalisierung, welche sich hauptsächlich um die Mehrung der privaten Güter durch die globale Effizienzsteigerung dreht. Bei den Bemühungen um die Gestaltung der Demokratisierung wird man in jedem Fall der Sicherung der Öffentlichen Güter hohe Priorität einräumen.“ (Enquete 2002: 56)

5.2. Zuspitzungen: Globale Privatisierung von Gemeingütern

Weder die Kritik an der ungezügelten und einseitigen Mehrung der privaten Güter noch die Krisen der privaten Finanzwirtschaft haben dazu geführt, dass das neue, neoliberal getriebene Wohlstandsmodell ernsthaft bzw. für politisches Regierenshandeln relevant in Frage gestellt wird. Im Gegenteil wird die Dominanz des Privaten über ein in die Defensive geratenes Öffentliches weiter zugespitzt.

Der Bereich, der von dieser Zuspitzung bedroht ist, lässt sich mit dem Begriff *Commons* umschreiben. *Commons* ist etwas, das allen gehört und über das alle entscheiden – *Commons* sind Gemein- oder Gemeinschaftsgüter, jenseits von Markt und Staat, wie die Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom sagt. Bezieht sich der Begriff zunächst auf Naturgegebenheiten, so wird er heute auch weiter gefasst (Helfrich 2009). In diesem Sinne definiert Claudia v. Braunmühl *Commons* als „eine Kategorie von Gütern, über die im gesellschaftlichen Aushandlungsprozess Einverständnis darüber erzielt werden muss, dass sie als Gemeingut gemeinwirtschaftlichen Regelungsformen unterliegen sollen.“ (v. Winterfeld/Biesecker/Katz/Best 2012)

An die Stelle solcher Aushandlungsprozesse setzt das neoliberale Regime jedoch den Markt. Über vielfältige neu geschaffene Märkte soll ehemals Außermarktliches privatisiert werden. An die Stelle gemeinschaftlich gefundener und praktizierter Nutzungsregeln setzt es die individuelle Maximierungsrationalität.

Ein Beispiel dafür ist die Bepreisung und Finanzialisierung des öffentlichen Gutes Klima, die dazu führt, dass verschmutzen darf, wer es sich leisten kann. Hingegen wird das Unterlassen von Verschmutzung (etwa durch ökologisches Mobilitätsverhalten, das teils freiwillig, teils aber auch aufgrund der Nichterschwinglichkeit CO₂-intensiver Verkehrsmittel erfolgt) ebenso wenig wertgeschätzt wie Klima schonende – häufig von Frauen verrichtete – Tätigkeiten.

Statt das Prinzip „gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortung“ anzuwenden, wird der Klimaschutz der Rationalität der Marktakteure überlassen (Spitzner 2009). Um einen Markt zu schaffen, wird Eigentum am Klima in Form von Verschmutzungs- oder Emissionsrechten geschaffen, und – über die bis heute meist kostenlose Zuteilung an die Unternehmen – eine künstliche Knappheit geschaffen. So kann ein Preis entstehen. Wenn also z. B. das Emittieren von CO₂ zu hohe Kosten verursacht (z. B. weil Zertifikate hinzugekauft werden müssen und deren Preis sehr hoch ist) und es eine kostengünstigere Alternative gibt (z. B. durch eine den CO₂-Ausstoß verringernde Technologie), wird diese realisiert – das Klima wird geschont. Bevor das jedoch passiert, wird mit allen Lobby-Mitteln um den Preis dieser Emissionsrechte gerungen, wird alles getan, die alten Produktionsanlagen so lange wie möglich laufen zu lassen, denn das ist profitabel. Dabei können dann auch gemeinsame Projekte mit Akteuren in Ländern des globalen Südens im Rahmen des *Clean Development Mechanism* helfen – dort wird ein klimafreundliches Projekt unterstützt, hier können die klimaschädlichen Anlagen mit Hilfe der so erhaltenen CO₂-Kontingente (CERs, Certified Emission Reductions) weiterlaufen. Durch den *Clean Development Mechanism* ist ein umfangreicher Markt für Technologietransfer aus den Industrieländern in die Länder des Südens geschaffen worden. Bis 2008 gab es 952 CDM-Projekte, über die 127 Mio. CERs entstanden – mehr als die Hälfte davon durch Technologietransfer. Die neuen Märkte garantieren nicht nur Technologie-Absatz, sondern eben auch neue Verschmutzungsrechte – eine neue „doppelte Dividende“ für den globalen Norden (vgl. Biesecker/v. Winterfeld 2008). Was hier stattfindet, ist eine Privatisierung des öffentlichen Gutes Natur. „Kohlenstoffmärkte“, „CER-Future-Produkte an der Börse“ – die neuen Begriffe drücken diese Vermarktlichung des Klimas sprachlich aus.

Ein anderes Beispiel ist der weltweite Investitionsboom in Land und andere Ressourcen. Gerade in der Krise suchen Kapitaleigner aus Furcht vor Inflation und dem nächsten Crash nach schnellen Anlagemöglichkeiten jenseits des Finanzmarktes. *Land grabbing*, der neue Bauboom von Staudämmen und der intensivierte Ressourcenextraktivismus mithilfe neuer Technologien markieren eine marktförmige Zuspitzung gesellschaftlicher Naturverhältnisse wie auch eine neue Phase der privaten Aneignung und Nutzung von Commons für globale Verwertungsketten.

Das *Land grabbing* durch kapitalkräftige in- und ausländische Investoren, das seit dem Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel 2007/8 sprunghaft zunahm, zeigt zugespitzt die fortschreitende In-Wert-Setzung und Finanzialisierung aller natürlichen Ressourcen durch Privatisierung bzw. Umverteilung von Landeigentum. Ohne Transparenz und über die Köpfe der lokalen Bevölkerung hinweg verpachten oder verkaufen Regierungen Ländereien, die meist als gemeinschaftliches Brachland, sprich: Commons kategorisiert werden, an Konzerne, Banken, Fonds oder andere Regierungen. Diese nutzen sie für den Anbau von Grundnahrungsmitteln, von Agrartreibstoffen, zur Tierzucht oder zum Abbau von Bodenschätzen. Die Einhegung großer Landflächen durch diese Pacht- und Kaufverträge ignoriert die überbrachten Nutzungsrechte lokaler Gemeinschaften, enteignet sie und grenzt sie aus. Die Kategorisierung als „ungenutztes“ Brachland basiert bereits auf der marktökonomischen Maximierungsrationalität und entwertet den Nutzen, den solches Land für Tierhalter und für landarme Frauen hat, um Brennholz, Viehfutter, Früchte und andere Nutzpflanzen für den Eigenbedarf oder den Verkauf zu sammeln oder um etwas anzubauen. Die Marktlogik der Investoren unterminiert die Versorgungsrationalität der Frauen, in der Produktion und Reproduktion keine getrennten Sphären sind. Die Monokulturen auf den Feldern und die Monokultur des Geldes zerstören die natürliche Biodiversität und die Diversität und Moral der lokalen Ökonomien. Um die Ernährung in Ländern zu sichern, denen es wie z.B. Saudi-Arabien an fruchtbaren Böden und Wasser mangelt, um den Wechsel von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern voranzutreiben oder um die gestiegene Wohlstandsnachfrage in Schwellenländern und dem globalen Norden z.B. nach Fleisch zu befriedigen, werden arme Bevölkerungsgruppen im globalen Süden ihrer Existenzgrundlagen geraubt. Indigene Bevölkerungen mit tradierten Nutzungsrechten und Frauen ohne Landtitel haben keinerlei rechtliche Handhabe, sich gegen diese Verdrängung zur Wehr zu setzen. Ihre *Livelihood*-Rechte werden missachtet (Borras/Franco 2010; Federici 2011).

Um das *Land grabbing* politisch in den Griff zu bekommen, fordern die FAO, die Weltbank und das Forschungsinstitut für Ernährungspolitik (IFPRI) eine Regulierung von Investoren, um die „Risiken“ für Ernährungssicherung zu begrenzen und die win-win-Chancen von Frauen durch Gleichstellung in Bezug auf Lohnarbeit und Zugang zu Inputs für die Landwirtschaft zu verbessern. Das prinzipielle Vertrauen in privat- und marktwirtschaftlich Lösungsansätze ist jedoch nicht erschüttert, obwohl deren existenzgefährdende Rationalität offensichtlich ist.

Dagegen sollte eine rechtsbasierte Politik zu allererst die Voraussetzung für „Land-souveränität“ der lokalen Bevölkerung und auch der Frauen schaffen, damit diese selbst und demokratisch über Entwicklungspfade, Ressourcennutzung und Wohlstandsproduktion entscheiden können.

5.3. Perspektivenwechsel

Es geht somit um Umkehr – um ein Rückholen des privatisierten Öffentlichen. Und es geht um mehr – um die qualitative Neu-Entwicklung dieses Öffentlichen und seines Verhältnisses zum Privaten. Und es geht auch um die qualitative Neu-entwicklung dieses Privaten selbst – vor allem dessen, was bisher als Privatwirtschaft der engen ökonomischen Rationalität unterliegt.

Als *ein* Gegenkonzept zu privater Aneignung und Privateigentum an Wohlstand stehen im vergangenen Jahrzehnt die oben schon erwähnten Gemeingüter – Commons – im Fokus vieler Diskurse. Dabei geht es zum einen um bwehr der Privatisierung von Öffentlichem und Gemeinschaftlichem und zum zweiten um einen neuen Referenzrahmen für andere Wege, Wege jenseits von Markt und Staat. Hier stehen der Erhalt von Kooperation und einer solidarischen Handlungsrationalität im Mittelpunkt sowie die Neu-Herstellung des politischen Gemeinwesens durch demokratische Gestaltungsmacht und gemeinsam vereinbarte Regeln, durch Commoning (vgl. v. Winterfeld/Biesecker/Katz/Best 2012). Die Schwächsten in der Gesellschaft, die keine Rückfallpositionen haben, sind am stärksten auf sicheren Zugang zu öffentlicher Versorgung und zu Gemeingütern angewiesen, um ihre sozialen Rechte und bürgerschaftlichen Anrechte auf ein gutes Leben zu verwirklichen. Die Forschung von Elinor Ostrom belegt, dass das Teilen von Ressourcen und Gemeingütern mehr Menschen nützt, wenn der Zugang und die Verfügung demokratisch geregelt und sozial ausgleichend verwaltet werden (vgl. Ostrom 2011).

Als ein *zweites* Gegenkonzept können all diejenigen Ökonomiekonzepte angesehen werden, die sich als Gegenentwürfe zum bestehenden Wirtschaftssystem sowie als Vision einer zukunftsfähigen Gesellschaft verstehen. Auch hier geht es um eine Neubestimmung des Verhältnisses von privat und öffentlich sowie um eine neue Ausdeutung der Qualitäten beider Sphären. Hierher gehören z. B. Konzepte einer Postwachstumsökonomie sowie einer solidarischen Ökonomie. Als bewusst feministisch orientiertes Konzept wird seit Beginn der 1990er Jahre das Konzept „Vorsorgendes Wirtschaften“ im Rahmen des gleichnamigen Netzwerks diskutiert. In „weiblicher Perspektive auf Nachhaltigkeit“ wird hier eine kooperative, vorsorgende Wirtschaftsweise formuliert, deren Orientierung am für das gute Leben Notwendigen (siehe auch Biesecker et al 2000) den oben ausgeführten Zuspitzungen diametral entgegensteht.

Diese wirtschaftsethische Perspektive bedeutet auf die Praxis angewandt, z. B. dass es Aufgabe der Politik ist sicherzustellen, dass der informelle Sektor, kleinbäuerliche Landwirtschaft, kleine Produzent_innen und Handwerker_innen und Kleinhandel, die die zentrale Quelle der Existenzsicherung für die Mehrheit der Bevölkerung weltweit darstellen, sich entwickeln können; dass Handelsliberalisierung, Privatisierung, Landhunger und Investitionen privater Anleger dort zurückgedrängt

werden, wo Livelihood und Ernährungssicherheit auf dem Spiel stehen (siehe auch Wichterich 2009: 155ff; Sachs/ Santarius 2009: 187).

Als *drittes* Gegenkonzept sehen wir diejenigen Bewegungen an, die sich der von Heitmeyer festgestellten Demokratieentleerung in den Weg stellen: von der jüngsten dieser Bewegungen, der Protestbewegung gegen das ACTA-Abkommen, über die Occupy-Bewegung bis hin zu den Protesten gegen Stuttgart 21 und der Anti-Atombewegung, ohne die der Atomausstieg nicht geschehen wäre. Das schließt auch die vielen Projekte ein, die sich als kleinerer oder größerer kooperativer Zusammenschluss dessen annehmen, was ihnen wichtig ist: z. B. die neuen städtischen Gartenprojekte (interkulturelle Gärten, Nachbarschaftsgärten, Transition Groups), kooperative Wohnprojekte (Lebenskommunen wie die Beginen oder die Kommune Niederkaufungen z. B.) oder energieautonome Regionen oder Energiegenossenschaften (Genossenschaften haben kooperatives Eigentum, es gibt keinen Vermehrungszwang). Hier mischen sich demokratische Bewegung und Commons-Bewegung. In all diesen demokratischen Initiativen entstehen Bausteine für das Neue. Es kommt darauf an, diesen kreativen Menschen Möglichkeitsräume zu eröffnen. Denn gebraucht werden alle für diesen Suchprozess nach einer Neustrukturierung des Öffentlichen und des Privaten, nach neuen Konzepten des Politischen und des Ökonomischen. Gebraucht werden alle zur „Demokratiefüllung“.

In diesem Zusammenhang gibt es, wie v. Braunmühl zeigt, „Umriss globaler demokratischer Lösungen... in der feministisch inspirierten politischen Philosophie und den Diskussionen der sozialen Bewegungen nicht zuletzt in den Ländern des globalen Südens“ (Braunmühl 2010: 196). Wie auch immer die neuen demokratischen Formen aussehen – die Umgestaltungsaufgabe ist umfassend:

„Bestehende Institutionen, staatliche, markt- und zivilgesellschaftliche Akteure müssen in systematischer, anhaltender öffentlicher Deliberation demokratisiert werden; neue Institutionen müssen eine gerechte Teilhabe der BürgerInnen sichern. Dieser Vision von umfassender demokratischer Partizipation liegt ein Konzept von Gerechtigkeit zugrunde, das Verteilung, Anerkennung und Mitsprache einschließt.“ (ebenda: 196)

6. Suchprozesse und Punkte zum Anfassen

Fassen wir zusammen: Aus der Markt- und Geldlogik folgt ein eng geführtes und `verkehrtes` Wohlstandskonzept. Der Wachstumszwang des Geldes ordnet sich den Markt und die Arbeit unter und trennt alles ab, was einer eigenen Funktionslogik gehorcht oder sich der Vermehrungsgewalt des Geldes entzieht, nämlich die soziale Reproduktion und die natürliche Regeneration, die Produktivität von Sorge und Natur. Der Prozess der Abtrennung, der Inklusion und Exklusion impliziert ein hierarchisches herrschaftliches Verhältnis, das das „andere“, das Abgetrennte ständig abwertet, unterwirft und ausbeutet. Diese durchgehende Trennungsstruktur der bestehenden kapital- und wachstumsgesteuerten Ökonomie geht einher mit einer Zweck-Mittel-Verkehrung: Geld wird vom Vermittler des Tauschs zum Selbst-

zweck, zur Inkarnation von Wohlstand und seiner Anhäufung. Nicht mehr Versorgung, Vorsorge und Lebenserhalt sind der Zweck von Arbeit, sondern die Produktivitäts- und Effizienzsteigerung der Warenproduktion. Der ureigenste Zweck allen Wirtschaftens, Leben zu erhalten und gutes Leben oder Lebensqualität zu erzeugen, verkehrt sich in sein zerstörerisches Gegenteil. Produktion und Konsum sind nicht mehr Mittel zum guten Leben, sondern Mittel zum Zweck der Geldvermehrung.

Der Perspektivenwechsel auf Wohlstand und Wohlstandserzeugung, der deshalb notwendig wird und den wir hier vorschlagen, holt zum einen „das Ganze der Ökonomie“ als Ungetrenntes in den Blick. Er verlässt die Astronautenperspektive von oben und betrachtet Wachstumsprozesse und Wertschöpfung aus einer lebensweltlichen Perspektive von unten, in der soziale Reproduktion, Produktion und natürliche Regeneration wert- und Wohlstand schaffend miteinander verwoben sind. Eine solche Ökonomie ist eine Stoffwirtschaft, die auf konsistente Qualitäten achtet und suffizienten Lebensweisen Raum gibt; und sie ist eine Tätigkeits-Ökonomie, die alle Arbeiten einschließt und sie bewusst mit der Naturproduktivität koordiniert.

Die Funktions- und Wachstumsrationalität des Geldes und des Marktes haben Warenwohlstand mit extrem hohen sozialen und ökologischen Kosten und einer immer höheren Krisenfrequenz erzeugt, die die lebendigen Grundlagen von Gesellschaft zunehmend aushöhlen. Dieses Wachstum mit dem damit verbundenen „Wohlstand“ muss politisch begrenzt werden, um Hierarchien, Herrschaft und Gewaltverhältnissen aufzubrechen und sowohl dem Sozialen als auch der Natur gerecht zu werden.

Hier zeigt sich zugleich die *politische* Dimension von Suffizienz. In einer Demokratie kann das Kriterium für Begrenzung nur Gerechtigkeit heißen. Im Kontext der Indikatorendebatte können unter dieser Prämisse Maße entwickelt werden, die Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen durch Anerkennung, Umverteilung, Konsistenz und Subsistenz überwinden. Das Primat der Politik über die Ökonomie kehrt zurück, zum einen in der Form diskursiver Aushandlung über Quantität und Qualität von Wachstum und Wohlstand, zum anderen in der Form des gestaltenden Staats. So können alle den Wohlstand fördernde Kräfte erfasst und in demokratisch-partizipativen gesellschaftlichen Prozessen wertgeschätzt werden.

Um Suchprozesse nach gerecht geteiltem, gesellschaftlichem Wohlstand und gutem Leben jenseits des Wachstums- und Akkumulationszwangs einzuleiten, sind als Resümee unserer Überlegungen folgende „**Punkte zum Anfassen**“ auch Punkte zum Anfahren: Aus ihnen könnten später dann auch Bewertungsindikatoren für neue Wohlstandsmodelle entwickelt werden.

1. Zum Geld

In der künftigen Geldversorgung ist Geld nicht Selbstzweck, sondern Mittel für Lebenszwecke. Da diese Zwecke vielfältig sind, ist eine Pluralisierung des Geldes nötig. Zu dieser neuen Finanzarchitektur gehören mindestens:

- das Zurückführen des Geldes auf die Funktion als Tauschmittel, angepasst an die jeweiligen lokalen und regionalen Bedürfnisse (z. B. durch Regiogeldsysteme);
- eine Trennung von Geschäftsbanken und Investmentbanking, wobei die vorrangige Rolle des Bankensystems in der Kreditvergabe ohne oder zu geringen Zinsen an sozial-ökologisch orientierte Unternehmen und Projekte besteht (z. B. die GLS-Bank, Ethik-Bank, Umweltbank);
- die Förderung von Genossenschaften, solidarischen Wirtschaftsprojekten und anderen Formen gemeinschaftlicher Existenzfinanzierung;
- die Abwehr von spekulierendem Kapital durch strikte Regulierung der Finanzmärkte.

Soll gutes Leben auch über Prozesse der Geldversorgung bestimmt werden, so wären von hierher Indikatoren abzuleiten.

2. Zur Arbeit

Künftige Arbeitskonzepte schließen alle Tätigkeiten ein und ermöglichen die Teilhabe aller derart, dass ein geschlechtergerechtes gutes Leben im Einklang mit der Natur (s. u., Punkt 3) gelebt werden kann. Das bedeutet mindestens:

- die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und Entwicklung von lebensfreundlichen Teilzeitmodellen;
- die Anerkennung und Aufwertung von Sorgearbeit (z. B. durch flächendeckende Betreuung von Kindern im Vorschulalter) und der Arbeit zur gesellschaftlichen Reproduktion und zur Regeneration der Natur;
- die Organisation einer geteilten Sorgeverantwortung zwischen Privathaushalten, öffentlichem Sektor und professionellen Dienstleistungen (hybride Organisationsformen, z. B. für gutes Leben im Alter) sowie zwischen den Geschlechtern;
- die Schaffung von Erwerbsarbeitsmöglichkeiten für alle, die auf Arbeits- und Einkommenssuche aus anderen Ländern zu uns kommen.

Gutes Leben wäre durch die Vielfalt von Tätigkeiten, ihren sozialen und ökologischen Qualitäten und durch geschlechtergerechtes Tätigsein bestimmt. Die bloße *Anzahl* von Erwerbsarbeitsplätzen erhielte eine nachgeordnete Bedeutung.

3. Zum Wohlstand

Künftige Wohlstandskonzepte zielen auf das gute Leben aller Gesellschaftsmitglieder. Sie erkennen alle Quellen von Wohlstand auch jenseits des Marktes an und beziehen sie ein. Wohlstand wird in den reichen Gesellschaften des globalen Nordens nicht durch Wachstum des Waren- und Dienstleistungsangebots der Märkte erhöht, sondern durch Möglichkeitsräume zur Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten gemäß Martha Nussbaum und Gerechtigkeit im oben genannten umfassenden Sinn. Er wird nicht auf Kosten anderer erreicht und auch nicht um den Preis der Naturzerstörung. Im Gegenteil: Der Erhalt der Regenerationsfähigkeit der Natur wird als Ausdruck von gutem Leben angesehen. Das bedeutet mindestens:

- die Ermöglichung und Förderung von nachhaltigen Lebensweisen, die die Konsumabhängigkeit verringern, einschl. nachhaltiger Landwirtschaft;
- die steuerpolitische Umverteilung von Vermögen und Einkommen;
- eine qualitativ hochwertige soziale Infrastruktur, zu der ein bedingungsloses Grundeinkommen gehört;
- sozialverträgliches Schrumpfen von ressourcen- und emissionsintensiven Überproduktionsindustrien und von entsprechendem Überkonsum sowie die Konversion destruktivtechnologischer Sektoren bei gleichzeitiger Förderung von Unternehmen, die sich der Nachhaltigkeit verpflichten. Das ermöglicht auch den Ausstieg aus der globalen Rohstoffjagd.

Indiz und Indikatoren künftigen Wohlstands im Sinne eines guten Lebens wären die Ermöglichung und Verwirklichung sozial-ökologischer Fähigkeiten durch all diese Maßnahmen.

4. Zum Verhältnis von Öffentlich und Privat

In künftigen Verhältnissen von öffentlich und privat sind derzeit vorherrschende Externalisierungs- und Hierarchiemuster überwunden und ist das Öffentliche jedweden privaten Vorteilsdenken entzogen. Das Öffentliche und der öffentliche Raum sind ein kostbares Gut und nicht eine lästige Begrenzung privatwirtschaftlicher Interessen. Das bedeutet mindestens:

- eine Neudefinition von Gemeingütern, z. B. Versorgungs- und soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Mobilität wie auch eine intakte Umwelt, und eine Verantwortungsübernahme des Staates für die Daseinsvorsorge; (auch wenn der Sozialstaat Wohlfahrt marktfixiert verstanden und gestaltet hat, so haben sich doch in dieser Form soziale Errungenschaften wie die solidarische Sozialversicherung entwickelt, die es zu verteidigen gilt);
- das Ermöglichen demokratischer Räume, in denen Gemeingüter durch *Commoning*, Selbstorganisation lokaler Gemeinschaften und kollektives Handeln, durch Gemeinwohlorientierung und Solidarpakte konstituiert werden können,

- den Schutz der Gemeingüter vor Privatisierung und Finanzialisierung und die Regulierung der Finanzmärkte derart, dass Spekulationen und andere Geschäfte mit dem Öffentlichen und Gemeingütern unmöglich sind;
- die Orientierung von Handel und Privatwirtschaft am Gemeinwohl. Privates Eigentum entsteht nicht über „Raub“ (eine etymologische Facette von private ist rauben) am Gemeineigentum, sondern trägt zur Schonung, Vergrößerung und Gestaltung des Gemeineigentums bei.

Die Orientierung folgt dem guten Leben, genauer: dem für das gute Leben Notwendigen. Zustand und Verfasstheit der privat-öffentlichen Bezogenheiten werden durch die Vielfalt und Qualität öffentlicher und gemeiner Räume und Güter sowie durch das Wohlergehen derjenigen angezeigt, die sozial und ökologisch am verletzlichsten sind.

Fazit

Damit sind wir am Ende unserer Kritik an Externalisierungen und Exklusionen, Entwertungen und Privatisierungen angelangt. Für uns folgen daraus keine einfachen Umkehrschlüsse: es geht nicht einfach um Internalisierung, Inklusion und Aufwertung innerhalb und in die wachstums- und gewinngetriebene Warenökonomie hinein. Wenn z.B. die ökologischen Kosten in die Preise eingehen würden, würde dies die Preise drastisch erhöhen: für die Armen würde vieles unerschwinglich, für die Reichen würde es keinen großen Unterschied machen. Zwar wäre die Internalisierung von Kosten eine ökologisch gerechtere Preisbildung, aber ohne gleichzeitige Transformation sozialer Ungleichheitsstrukturen würde sie in ein neues Gerechtigkeitsdilemma führen. Wenn die Sorgearbeit bezahlt wird, ändert dies nicht die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung. Auch die Inklusion armer Frauen in den Finanzmarkt durch die Vergabe von Kleinkrediten verändert allein nicht die Armutsstrukturen. Jede Ein-Punkt-Maßnahme muss zwangsläufig zu kurz greifen. Genauso wie jeder Einzelindikator keine Aussage über das Ganze machen kann. Vielmehr ist jeder einzelne Schritt nur als strategischer Mosaikstein für eine sozial-ökologische Transformation zu sehen.

Aus feministischer Perspektive geht es somit beim Nachdenken über „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ nicht um die Entwicklung „passenderer“ Indikatoren, sondern um das Einschlagen und Stärken eines Entwicklungsweges, der weg führt vom markt- und geldgetriebenen Wachstumszwang – hin zu einer Gesellschaft, deren Lebensweisen und Wirtschaftsprozesse nachhaltig ausgerichtet sind und an der alle teilhaben und teilnehmen können. Nur über diese Teilhabe und Teilnahme kann der sozialen Desintegration unserer Gesellschaft begegnet werden – nur darüber lassen sich Demokratieentleerung und Orientierungslosigkeit auflösen. Eine Politik, die diesen Entwicklungsweg fördert, muss sich mit den Akteuren der „rohen Bürgerlichkeit“ anlegen. Denn ein demokratisches Gemeinwesen ist nicht mit deren Haltung und deren Rückzug aus gesellschaftlicher Verantwortung vereinbar. Wege zur Nachhaltigkeit sind somit zugleich umstritten und umkämpft. Anders ist gutes Leben für alle nicht zu haben – und Demokratie bedeutet eben auch Streit und die Fähigkeit, sich zu streiten.

Literatur

- Acosta, Alberto (2011): Buen Vivir auf dem Weg in die Post-Entwicklung. Ein globales Konzept? In: Rätz, Werner/ Egan-Krieger, Tanja von et al. (Hg.) (2011): Ausgewachsen! Hamburg: VSA, S. 173-184
- Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit (2002): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. 5. Aufl. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot
- Arendt, Hannah (1994): Vita Activa oder vom tätigen Leben. München: R. Piper & Co.
- Bakker, Isabella (2002): Who Built the Pyramids? Engendering the New International Economic and Financial Architecture. In: femina politica, 1/2002, S. 13-26
- Batliwala, Srilatha/ Dhanraj, Deepa (2006): Gender-Mythen, die Frauen instrumentalisieren. In: Peripherie 103, S. 373-385
- Biesecker, Adelheid/ Baier, Andrea (2011): Gutes Leben braucht andere Arbeit. In: oekom e.V.-Verein für ökologische Kommunikation (Hg.): Anders arbeiten. politische ökologie Nr. 125. München: oekom, S. 54-63
- Biesecker, Adelheid/ Kesting, Stefan (2003): Mikroökonomik. Eine Einführung aus sozial-ökologischer Perspektive. München: Oldenbourg
- Biesecker, Adelheid/ Mathes, Maite/ Schön, Susanne/ Scurrall, Babette (Hg.) (2000): Vorsorgen des Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld: Kleine
- Biesecker, Adelheid/ Winterfeld, Uta von (2008): Wider die Kolonialisierung im Klimaregime. In: Altvater, Elmar/ Brunngräber, Achim (Hg.): Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierete Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre alternativen. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg: VSA, S. 185-198
- Biesecker, Adelheid/ Winterfeld, Uta von (1998): Vergessene Arbeitswirklichkeiten. In: Bierter, Willy/ Winterfeld, Uta von (Hg.): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit? Basel: Birkhäuser, S. 32-51
- Binswanger, Hans Christoph (1996): Geld und Wachstumszwang. In: Biervert, Bernd/ Held, Martin (Hg.): Die Dynamik des Geldes. Über den Zusammenhang von Geld, Wachstum und Natur. Frankfurt/ New York: Campus, S. 113-127
- Binswanger, Hans Christoph (2011): Die Wachstumsspirale in der Krise – Ansätze zu einer nachhaltigen Entwicklung. In: Held, Martin et al. (Hg.): Institutionen ökologischer Nachhaltigkeit. Jahrbuch normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik Bd. 9. Marburg: Metropolis, S. 183-200
- Binswanger, Hans-Christoph (1994): Geld und Natur. In: Biervert, Bernd/ Held, Martin (Hg.): Das Naturverständnis der Ökonomik. Beiträge zur Ethikdebatte in den Wirtschaftswissenschaften. Frankfurt/ New York: Campus, S. 175-188
- Borras, Saturnino/Franco, Jennifer (2010): Towards a Broader View of the Politics of Global Land Grab: Rethinking Land Issues, Reframing Resistance, TNI, <http://www.tni.org/work-area/agrarian-justice>. Download 15.10.2011
- Bothfeld, Silke et al. (2005): WSI-FrauenDatenReport 2005, Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen. Berlin: sigma Verlag
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. In: Demirovic, Alex et al. (Hg.): Vielfachkrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg: VSA, S. 79-95
- Braudel, Fernand (1986/1979): Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. 2. Band: Der Handel. München: Kindler. Lizenzausgabe der Büchergilde Gutenberg

- Braunmühl, Claudia von (2010): Demokratie, gleichberechtigte Bürgerschaft und Partizipation. In: Seidl, Irmi/ Zahrnt, Angelika (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis, S. 189-197
- Braunmühl, Claudia von/Winterfeld, Uta von (2003): Global Governance. Eine begriffliche Erkundung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Globalisierung und Demokratie, Wuppertal
- Brodie, Janine (2004): Die Re-Formulierung des Geschlechterverhältnisses. Neoliberalismus und die Regulierung des Sozialen. In: Widersprüche 46, 24.Jg., S. 19-32
- Chambers, Robert/ Conway, Gordon R. (1992): Sustainable Rural Livelihoods: Practical Concepts for the 21st Century, Institute of Development Studies Discussion Papers, 296. Cambridge
- Charkiewicz, Eva et.al (2001): Transitions to Sustainable Production and Consumption. Concepts, Policies and Actions, Maastricht: Shaker Publishing
- DAWN (1992): Environment and Development: Grass Roots Women's Perspective, Barbados
- Ehrenreich, Barbara/Arlie Hochschild Russell (2002): Global Woman: Nannies, Maids, and Sex Workers in the New Economy, New York: Metropolitan Books
- Elson, Diane (2002): International Financial Architecture: A View from the Kitchen, in: femina politica, 1/2002, S. 26-38
- Elson, Diane (Hg.) (1995): Male Bias in the Development Process. Manchester: Manchester University Press
- Erhard, Ludwig (1957): Wohlstand für Alle. Berlin: Econ
- Erster Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (2011): Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Berlin
- Fatheuer, Thomas (2011): Buen vivir – Recht auf gutes Leben. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung
- Federici, Silvia (2011): Women, Land Struggles, and the Reconstruction of the Commons. In: WorkingUSA: the Journal of Labor and Society, Vol 14, March 2011, 41-56
- Fishbein, Allen J./ Woodall, Patrick (2006): Women are Prime Targets for Subprime Lending: Women are Disproportionately Represented in High-Cost Mortgage Market, Washington: Consumer Federation
- Folbre, Nancy (1994): Who Pays for the Kids? Gender and Structures of Constraint. London/New York: Routledge
- Fraser, Nancy (1997): Justice Interruptus. Critical Reflections on the „Postsocialist“ Condition. London/ New York: Routledge
- Fraser, Nancy (2001): Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats. Frankfurt a. Main: Suhrkamp Verlag
- Friends of the Earth (2012): How European banks and private finance profit from food speculation and land grabs“ http://www.foeeurope.org/publications/2012/Farming_money_FoEE_Jan2012.pdf
Download am 24.2.2012
- Froud, Julie/ Leaver, Adam / Williams, Karel (2007): New Actors in a Financialised Economy and the Remaking of Capitalism. In: New Political Economy 12 (3), S.339-347
- Giullari, Susy/ Lewis, Jane (2005): The Adult Worker Model Family, Gender Equality and Care. The Search for New Policy Principles, and the Possibilities and Problems of the Capabilities Approach. UNRISD: Geneva
- Goettle, Gabriele (2012): Rette sich, wer kann. Zu Besuch beim Soziologen Wilhelm Heitmeyer. In: TAZ vom 27.2.12, S. 15-16

- Goetz, Anne Marie; Sengupta, R. (1996): Who takes the credit? Gender, power, and control over loan use in rural credit programs in Bangladesh. In: *World Development*, 24(1), S.45-63
- Gorz, André (1989/2010): *Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft*. Berlin: Rotpunktverlag
- Grown, Caren/ Sebstad, Jennifer (1989): To a Wider Perspective on Women's Employment, in: *World Development* 17 (7), 37-952
- Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2009): *Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter*. München: oekom
- Hoppe, Hella (2002): *Feministische Ökonomik. Gender in Wirtschaftstheorien und ihren Methoden*. Berlin: edition sigma
- ila 348 (2011): *Sumaq Kawsay – Buen vivir – Gutes Leben*, Sept.2011
- Jochimsen, Maren (2003): *Careful Economics. Integrating Caring Activities and Economic Science* Boston: Kluwer Academic Publishers
- Kennedy, Margret (2011): *Occupy Money*. Bielefeld: J. Kamphausen
- King, Margaret L. (1993/1991): *Frauen in der Renaissance*. München: C.H. Beck
- Klenner, Christine/Ute Klammer (2009): *Erosion des Ernährermodells*. Böcklerimpuls 3/2009
- Krohn, Wolfgang (1987) : *Francis Bacon*. München: C.H. Beck
- Lambert, Renaud (2011): *Pachamama. Wie eine Andengottheit zur Schutzheiligen der Umwelt wurde*. In: *Le Monde Diplomatique*, Februar 2011, 3
- Lutz, Helma (2008): *Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung*. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich
- Madörin, Mascha (2006): *Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie*. In: Niechoj, Torsten/Tullney, Marco (Hg.): *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie*, Marburg, 277-297
- Marx, Karl (1972/ 1867): *Das Kapital Bd. I, MEW Bd. 23*. Berlin: Dietz
- McAfee, Kathrin (2011): *Nature in the Market-World: Social and Development Consequences and Alternatives*; UNRISD, [http://www.unrisd.org/80256B42004CCC77/\(httpInfoFiles\)/3F9726366CFA71A6C12579210032B07B/\\$file/1-2%20McAfee.pdf](http://www.unrisd.org/80256B42004CCC77/(httpInfoFiles)/3F9726366CFA71A6C12579210032B07B/$file/1-2%20McAfee.pdf)
Download am 2.2.2012
- Meier-Seethaler, Carola (2011): *Ursprünge und Befreiungen. Eine dissidente Kulturtheorie*. Stuttgart: opus magnum
- Merchant, Carolyn (1980): *The Death of Nature. Women, Ecology, and the Scientific Revolution*. San Francisco: HarperCollins
- Müller, Michael (2011): *Zur Ideengeschichte des Fortschritts*. Berlin: Deutscher Bundestag, Enquete –Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Kommissionsdrucksache 17(26)31 – neu3, 9. Mai 2011
- Müller, Rudolf Wolfgang (1981): *Geld und Geist. Zur Entstehungsgeschichte von Identitätsbewußtsein und Rationalität seit der Antike*. Frankfurt a. M. New York: Campus
- Nussbaum, Martha (1998): *Menschliches Tun und soziale Gerechtigkeit: Zur Verteidigung des aristotelischen Essentialismus*. In: Steinfath, H. (Hg.): *Was ist ein gutes Leben? Philosophische Reflexionen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 196-234
- Nussbaum, Martha (2003): *Frauen und Arbeit – Der Fähigkeitsansatz*. In: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (zfwu)*, Jg. 4 (2003), Heft 1, S. 8-31
- Ostrom, Elinor (2011): *Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter*. München: oekom

- Parrenas, Rhacel Salazar (2001): *Servants of Globalization. Women, Migration and Domestic Work*. Stanford: Stanford University Press
- Pateman, Carole (1988): *The Sexual Contract*. Stanford: Stanford University Press
- Podlashuc, Leo (2009): *Saving Women: Saving the Commons*. In: Ariel Salleh (Ed.): *Eco Sufficiency & Global Justice*. London: Pluto Press, S. 268-290
- Polanyi, Karl (1977/1944): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Wien: Europa Verlag
- Pribram, Karl (1992/1983): *Geschichte des ökonomischen Denkens*. 2 Bde. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Razavi, Shahra (2007): *The Political and Social Economy of Care in a Development Context: Contextual issues, research questions and policy options*. UNRISD, Geneva
- Sachs, Wolfgang/ Santarius, Tilman (2009): *Towards a New Architecture of Agricultural Trade in the World Market*. In: Gottwald, Franz-Theo/ Ingensiep, Hans Werner/ Meinhardt, Marc (Hg.) (2009): *Food Ethics*. New York, Dodrecht, Heidelberg, London: Springer, S. 185-203
- Salleh, Ariel (2009): *From Eco-Sufficiency to Global Justice*. In: Salleh, Ariel (Hg.): *Eco-Sufficiency & Global Justice. Women Write Political Ecology*. London: Pluto Press, S. 291-312
- Scherhorn, Gerhard (1994): *Die Unendlichkeit der Bedürfnisse und der kalte Stern der Knappheit*. In: Biervert, Bernd/ Held, Martin (Hrsg.): *Das Naturverhältnis der Ökonomik*. Frankfurt/Main: Campus, S. 153-172
- Silver, Beverly J. (2005): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*. Berlin – Hamburg: Association A
- Smith, Adam (1978/ 1776): *Der Wohlstand der Nationen*. (Hrsg. Von Claus Recktenwald). München: dtv klassik
- Sophokles (1980/5. Jahrh. v. Chr.): *Antigone. Tragödie*. Stuttgart: Reclam
- Spitzner, Meike (2009): *How Global Warming is Gendered*, in: Salleh, Ariel (ed)(2009): *Eco-Sufficiency & Global Justice. Women Write Political Ecology*, London/New York, 218-230
- Statistisches Bundesamt (2005): *Umweltnutzung und Wirtschaft. Bericht über die Umweltökonomische Gesamtrechnung 2005*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt
- Stiglitz, Joseph E./ Sen, Amartya/ Fitoussi, Jean-Paul (2009): *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*. pdf, Internet: www.stiglitz-sen-fitoussi.fr
- The American Heritage Dictionary of the English Language (1981): Boston
- Tolstoi, Leo (1986/1890): *Was ist Geld?* In: *Freie Bühne für modernes Leben*. Berlin, 1. Jg., H.1. Wiederabgedruckt in: Busch, Günther und Freund, Hellmut J. (Hg.) (1986): *Gedanken und Gewissen. Essays aus hundert Jahren*. S. Fischer Verlag. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag, S. 15-18
- United Nations (1992): *Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung*, <http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/rio.pdf>
- Wagner, Gert G. (2011): *Definition von Wohlstand*, Powerpoint-Präsentation in der 13.Sitzung der Enquete-Kommission, 12.12.2011
- Waring, Marilyn (1988): *If Women Counted. A New Feminist Economics*, New York: Harper-Collins
- Weizsäcker, Ernst U. von (1989): *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Wichterich, Christa (2012): *Die Zukunft, die wir wollen. Eine feministische Perspektive*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung

- Wichterich, Christa (2011): Mikrokredite: Das Geschäft mit der Armut. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3`11, S. 27-32
- Wichterich, Christa (2009): gleich – gleicher – ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung, Sulzbach/Taunus: U.Helmer
- Wichterich, Christa (2002): Sichere Lebensgrundlagen statt effizienterer Naturbeherrschung – Das Konzept nachhaltiger Entwicklung aus feministischer Sicht. In: Görg, Christoph/ Brand, Ulrich (Hg.): Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“. Münster: Westfälisches Dampfboot, S.72-92
- Widding Isaksen, Lise/ Sabasivan, Uma Devi/ Hochschild, Arlie (2009): Die globale Fürsorgekrise. In: WestEnd, 6.Jg, Heft 2, S. 56-79
- Wilkinson, Richard/ Pickett, Kate (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Tolkemitt Verlag bei Zweitausendeins
- Winterfeld, Uta von (2006): Naturpatriarchen. Geburt und Dilemma der Naturbeherrschung bei geistigen Vätern der Neuzeit. München: oekom
- Winterfeld, Uta von/ Biesecker, Adelheid/ Katz, Christine/ Best, Benjamin (2012): Welche Rolle können Commons in Transformationsprozessen zu Nachhaltigkeit spielen? Wuppertal (Veröff. in Vorbereitung)
- Winterfeld, Uta von (2011): Vom Recht auf Suffizienz. In: Rätz, Werner/ Egan-Krieger, Tanja et al. (Hg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. Hamburg: VSA, S. 57-65
- Winterfeld, Uta von/ Biesecker, Adelheid/ Ergenzinger, Annegret (2007): Sozial-ökologisches Tätigsein im Schatten der Moderne. Tätigkeitsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Wuppertal (unter Mitarbeit von Martina Schmitt und Roland Roth)
- World Food Programme (2009): Hunger Map
http://speskongress.files.wordpress.com/2009/07/20091015_dialog1_matern.pdf, Download am 24.2.2012
- Young, Brigitte (2009): Die Subprime-Krise und die geschlechtsspezifische Schuldenfalle. In: Friedrich-Ebert-Stiftung: Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Bonn, S. 15-27
- Zimmer, Matthias (2011): Fortschritt als bürgerliche Leitideologie: Entstehung, Ausprägung, Zerfall. Berlin: Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Kommissionsdrucksache 17(26)29